

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnent: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1303.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.

Dienstag, den 1. Mai 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.

Zum Völkerfest der Arbeit.

Der 1. Mai wird heute zum erstenmal als internationales Weltfest der Arbeit von den zum Bewußtsein ihrer Kulturmission erwachten Proletariaten aller Länder gefeiert. Vor 11 Jahren, im hundertsten Jubeljahr der großen französischen Revolution, wurde der 1. Mai, seit unvorstelligen Zeiten ein dem Volk besonders teurer und weisevoller Tag, von dem ersten Weltparlament der organisierten Arbeiter zum Weltfesttag erhoben: zu dem gemeinsamen Feiertag, an welchem die Arbeiter aller Länder sich zu einer Herrschaft vereinigen, von den herrschenden Klassen die Rechte der Arbeit fordern und über die Grenzpfähle hinweg, der barbarischen National-Vorurteile spottend, einander die Bruderhand reichen und sich geloben sollen, nicht zu rasten und ruhen, bis der Bau der Gleichheit und Freiheit, den im vorigen Jahrhundert das Bürgerium nicht vollenden konnte, und den es, so weit er errichtet war, in diesem Jahrhundert des Kapitalismus geschändet hat, fertig, auf unerschütterlicher Grundlage stolz zum Himmel emporragt.

Das internationale Volk der Arbeit, das sich und der Welt den 1. Mai gab, hat damit seinen Willen bekundet, die Freiheit, die Gleichheit und die ewigen Menschenrechte, welche die bürgerliche Revolution auf das Papier schrieb und auf dem Papier stehen ließ, im Staat und in der Gesellschaft zur Wahrheit zu machen.

Die Entwicklung des Bürgeriums, das mit der französischen Revolution zur Herrschaft kam, hat eine wirtschaftliche Revolution bedingt, die eine weit größere Umgestaltung der politischen und sozialen Verhältnisse bedeutet, als die große Revolution selbst.

Diese wirtschaftliche Revolution hat bewirkt, daß gerade die von der großen Revolution erkämpfte Freiheit es war, welche die utopistisch zur Waise der neuen bürgerlichen Welt erklärte Freiheit und Gleichheit sehr bald zu einer Lüge werden ließ.

Der Kapitalismus, den die bürgerliche Arbeits- und Gesellschafts-Ordnung mit Notwendigkeit erzeugte, hat im Lauf des schließenden Jahrhunderts eine schreiendere Ungleichheit unter den Menschen herbeigeführt, und einen tieferen und breiteren Abgrund gegraben zwischen Arm und Reich, als je unter dem mittelalterlichen Feudalismus bestanden, den die bürgerliche Revolution im Namen der Gleichheit gestürzt hatte. Der Gleichheit und der Freiheit. Die Freiheit prangte nach dem Bastillensturm sogar vor der Gleichheit. Ein schönes Wort die Freiheit, aber das trügerische Wort, weil schillernd in allen Farben, und glänzende Hülle für den verschiedenartigsten Inhalt. Ohne Gleichheit in jedem Fall eine hohle Seifenblase, deren buntes wechselndes Farbenspiel nur ein Kind über die Richtigkeit täuschen kann. Wo keine Gleichheit, da keine Freiheit. Oder ist's Freiheit, daß der Arme, um zu leben, seine Arbeitskraft und damit sein Ich, Leib und Seele dem Reichen verkaufen muß, der, weil im Besitz der dem Arbeiter fehlenden Arbeitsmittel, ohne selber zu arbeiten, den Arbeiter durch die Hungerpeitsche zwingt, ihm zu dienen und gegen lächerlichen Lohn die Früchte seiner Arbeit abzutreten? Denn darin liegt der Fluch des Kapitalismus, daß er, indem er die Menschen in zwei Klassen zerpalte, den Arbeiter von den Arbeitsmitteln getrennt hat. Und der Kapitalismus lebt von der Ausbeutung, und muß immer mehr ausbeuten. Wer aber ausbeutet, muß lachten, da der Ausgebeutete, sofern er seines Menschentums bewußt ist, gegen die Ausbeutung sich aufbäumt und seine Menschenwürde, seine Menschenrechte zu wahren sucht. So wächst mit dem Kapitalismus die Ausbeutung, und mit der Ausbeutung die Anarchie. Seit Jahrzehnten haben wir die Diktatur des Kapitalismus mit Polizeidragonaden, Ausnahmegeetzen, Anarchistenjagd, Attentatspolitik.

Alle auf dem Boden des Kapitalismus stehenden Parteien sind deshalb mehr oder weniger ausgeprochene Anhänger der Klassen-diktatur.

Nur ein kleiner, jedoch zu politischer Ohnmacht verdammt Teil des Bürgeriums hält noch fest an einigen der alten Ideale bürgerlichen Freiheitsgefühls. Der Kapitalismus, der alle Arbeitsgebiete sich erobert und seiner Diktatur unterwirft, kennt kein anderes Ideal als die politische Herrschaft und die ökonomische Ausbeutung.

Jetzt, an der Wende des Jahrhunderts, das seine Entstehung und sein Aufblühen sah, ist der Kapitalismus vom Cäsarenwahnsinn erfaßt und opfert seinen Allmachtgelüsten jede Rücksicht, jeden Anstand, jede Menschlichkeit. Er hat nur eine Triebfeder: das Interesse. Es ist, als ob er freudig dem Sinn für das Schöne und Gute Trog bietet und dem Urteil der Menschen durch Entfaltung seiner wahren Gestalt und seines eigentlichen Wesens geflissentlich ins Gesicht schlagen wollte. Niemals in irgend einer Geschichtsperiode ist der Moral und dem Sittengesetz so frech und so cynisch getrogt worden. Sogar die Kaiser des verfallenden Römerreichs suchten den Schein noch zu wahren, wohingegen heute der Kapitalismus entblößt und feigenblutlich sich vor die Welt hinstellt. In früheren Zeiten, wenn er auf Raub ausging, hing er sich den ehrwürdigen Mantel der Religion, Humanität und Zivilisation um. Nicht mehr heute. Der Kapitalismus schämt sich nicht mehr. Raub läuft die „Interessenpolitik“ auf der Straße herum. Unverhüllt, ohne Maske übt sie das Raubhandwerk. Und wo der Raub nicht ohne Mord sich betreiben läßt, da betreibt sie den Raubmord im großen. Ist daheim nichts zu rauben, nicht genug mehr zu rauben — und wann wäre es dem Kapitalismus genug? — dann wirft die „Interessenpolitik“ sich auf fremde Länder und nennt sich Kolonialpolitik, oder, wenn sie den Mund voll nimmt, Weltpolitik.

Ihre klassischste Form hat die Kolonialpolitik in Afrika gefunden, in dem schwarzen Erdteil, den man bald den roten wird nennen müssen, weil er sich mit dem Blut seiner Bewohner rot färbt. Gestohlenes Land, verheerte Fluren, in Brand geschossene Dörfer, geschändete Weiber, Massenmorde von Männern, Frauen und Kindern, und immer: Raub, Raub, Raub — das ist die Kolonialpolitik, wie sie in grauenvollem Wettstreit der Bestialität von Engländern, Franzosen, Belgiern, Deutschen ausgeführt wird. Welche Schmach hat diese Kolonialpolitik über unser Deutschland gebracht! Und wer hat die Leist. Peters, Arenberg und wie die Schandbuben alle heißen mögen, zu ihren Verbrechen begünstigt, wer hat ihnen den Arm geleckt?

Der Kapitalismus.
 Nieder mit dem Kapitalismus!

Wenden wir nach Südafrika. Auf einer Landfläche, doppelt so groß wie Deutschland, wütet seit dem 8. Oktober des vorigen Jahres — in acht Tagen sind es genau 7 Monate — ein Krieg, wie ein ähnlicher noch nie gewütet hat. Kein Krieg der Eroberungssucht und des Ehrgeizes, kein Krieg zur Förderung der Zivilisation, kein Krieg, der begonnen worden ist, um irgend ein vermeintliches oder wirkliches nationales Interesse zu befriedigen — nein, ein einfacher Raubkrieg, um Gold und Diamanten zu stehlen, und Aktionäre einer habgierigen Grubengesellschaft zu bereichern. Jedes höhere, jedes politische Moment fehlt, das sonst auch für die verworfensten Eroberungskriege geltend gemacht wird. Nicht einmal der beachtete Opiumkrieg läßt sich vergleichen — denn er schloß Vresche in die chinesische Mauer und leistete so unzulänglich der Zivilisation einen Dienst. Der schmachvolle Boerenkrieg, in dem ein Reich von 400 Millionen gegen zwei winzige Freistaaten mit zusammen nicht 400 Tausend Einwohnern gekämpft worden ist, kann dem britischen Reich so wenig Vorteile bringen wie der Zivilisation. Der einzige Dienst, den er der Zivilisation leisten kann, aber auch gründlich leistet, ist, daß er den Völkern der Erde offenbart und veranschaulicht, was der Kapitalismus ist und mit welchem Los er die Völker bedroht.

Dieser unsägliche feige Krieg, in welchem fast auf jeden Einwohner der beiden Voreen-Freistaaten ein englischer Soldat entfällt — wie wenn über Deutschland sich eine Armee von 40 bis 50 Millionen Soldaten gewälzt hätte! — in welchem für den Angreifer der Sieg nicht weniger entscheidend ist als die Niederlage — er ist das ur-eigenste Werk des Kapitalismus. Der Kapitalismus ist ein Raubtier; er nährt sich von geraubter Arbeit. Wenn der Arbeiter die Früchte seiner Arbeit erntet, gäbe es keine Kapitalisten, keinen Kapitalismus. In seiner Jugendzeit verbergt der Kapitalismus diese seine Raubnatur noch unter dem Plünder der altbürgerlich revolutionären Schlagwörter von Freiheit, Humanität, Kultur.

Das ist anders geworden. Der Räuber ist stolz, Räuber zu sein. Und Chamberlain und Rhodes sind Nationalhelden des bürgerlichen England.

Wie in England, so in Deutschland.

Ein Konfession von Kapitalisten entdeckt, daß es sich auf Kosten des deutschen Volks um Hunderte von Millionen bereichern kann, wenn sechstausend Millionen Mark für Nordschiffbauten ins Wasser geworfen werden — eine schamlose Reklame-Agitation wird in Scene gesetzt, und, einen kleinen Bruchteil des Bürgeriums ausgenommen, sind alle bürgerlichen Parteien jetzt in einem tollen Gebalge, Fellschen, Schachen um die Flottenbeute. Kein Versuch, den Schein zu wahren. Nur Geld, Geld, Geld! Die Politik ist dem Kapitalismus gemeines Privatgeschäft.

Das ist der Kapitalismus. Und bei dieser völligen Verkauftheit der bürgerlichen Parteien, die in Deutschland hin- und herpendeln zwischen Zuchthausgesetz und Flottengesetz, ruht die Sache des Fortschritts und der Kultur ausschließlich in den Händen der zum politischen Leben erwachten Arbeiter.

In Deutschland, wo der Kapitalismus ein halbes Jahrhundert später als in England zur Entfaltung und Herrschaft kam, hat er, weil zum Konkurrenzkampf mit überlegenen Gegnern genötigt, brutaler Formen angenommen als in andern Ländern, und politische Zustände geschaffen, wie sie, gleich rückständig, in keinem andern Kulturlande vorhanden sind. Dem deutschen Proletariat ist hierdurch die ehrenvolle Doppelaufgabe erwachsen, zugleich mit der gesellschaftlichen Regeneration, welche die geschichtliche Mission des Proletariats ist, auch unser Staatswesen von dem mittelalterlichen Nuis zu reinigen und die bürgerliche Freiheit zu begründen — diese geschichtliche Mission des Bürgeriums, die zu erfüllen das deutsche Bürgerium leider nicht fähig gewesen ist.

Das deutsche Proletariat kennt die Pflichten, die diese Doppelaufgabe ihm auferlegt — es wird ihm, was es zu ihm hat, und am 1. Mai wird es seinen Willen bekunden.

Voriges Jahr war es das Zuchthausgesetz, gegen das wir uns zu wenden hatten. Heute ist es das Flottengesetz, das denselben Ursprung, denselben volksfeindlichen Zweck hat. Das Zuchthausgesetz ist „verscharrt“, allein wer bürgt dafür, daß die Mäner des Umsturzes von Oben, der Klassen-diktatur, des Geldsack-Terrorismus nicht die Stahlmasken eines neuen Umsturzesgesetzes uns hinterrücks über den Kopf werfen? Gatten sie nicht jüngst erst die Freiheit, den Brüsseler Dummens-Jungenstreich, der einen königlichen Langenichts erschreckte, zu einem Anebelgesetz gegen die deutsche Socialdemokratie verwerten zu wollen?

Nieder mit dem System des Zuchthausgesetzes und des Flottengesetzes!

Durch das alberne Verbot, der Flottenbau biete den Arbeitern lohnende Arbeit, wird kein Arbeiter sich täuschen lassen. Wie viel wirklich lohnende Arbeit wäre mit den sechstausend Millionen zu schaffen, wenn sie zum Besten der Gesamtheit und zu Kulturzwecken verwandt würden, statt zum Schaden und zur Unterdrückung des Volks. Und ist es nicht ein Schimpf für unsre Arbeiter, daß man ihnen zutraut, sie würden sich durch die Aussicht auf einen Begeh der Beute bestechen lassen — der Beute, die aus dem Fleisch des arbeitenden Volks geschnitten wird? Der schimpflichen Zumutung wird die gebührende Antwort werden.

Der 1. Mai ist der Tag unserer Forderungen. Unserer Forderungen an die heutige Gesellschaft, unserer Forderungen an die Zukunft. Wir fordern eine ernsthafte Socialreform, die dem Volk nicht Steine reicht statt des Brots — ehrlichen, echten Arbeiterschutz und den Achtstundentag. Sage man uns nicht, der Achtstundentag sei ohne Ruin der Industrie nicht einzuführen? Die hervorragendsten Vertreter der Industrie haben das Gegenteil bezeugt.

Wir fordern die socialistische Neugestaltung der Gesellschaft. Nicht auf ein einzelnes Land sich beschränkende, sondern alle Länder umfassende Neugestaltung. Der Kapitalismus ist international; der Socialismus muß international sein. Aber während der Kapitalismus nach dem Grundsatze des: „Teile und herrsche“ die Völker gegeneinanderhetzt und sogar die Friedenskongresse benutzt, um Kriege vorzubereiten, ist für uns Socialdemokraten jeder Mensch, etwerlet, in welchem Land er geboren ist, unser Bruder, und wenn er das gleiche Ziel hat, unser Freund, unser Kampfgenosse.

Wie wir die Gleichberechtigung der Geschlechter wollen, so die Gleichberechtigung der Völker. Wir kennen nur zwei Völker auf Erden, die nicht durch Massenunterschiede, sondern durch den Klassenunterschied getrennt sind, welchen der Kapitalismus künstlich geschaffen hat und den der Socialismus aufheben wird. Wir kennen nur die zwei Völker, die zusammenfallen mit den zwei Klassen der kapitalistischen Entwicklung: das internationale Proletariat, die internationale Bourgeoisie.

Der Weltfeiertag der Arbeit ist zwar kein Tag des Kampfs, aber ein Tag der Erinnerung an den Kampf, der Vorbereitung zum Kampf — und eine Herrschau der Kämpfer im Klassenkampf zur Abwehr der Angriffe des Kapitalismus, zur Vernichtung des Kapitalismus und der Klassenherrschaft. Darum ist der 1. Mai unsern Feinden ein Dorn im Auge; sie verkleumen und verunglimpfen ihn; und die liebenswürdigsten bemühen sich, die Arbeiter durch Einschüchterung an seiner Feier zu hindern. Einige sabeln auch dieses Jahr von einer „Kraftprobe“ und suchen durch albernes Höhnern zu Thorheiten zu reizen. Wir lächeln verachtungsvoll ob solchen Gebahrens. Wir thun, was unsre Pflicht und unser Willen ist. Wir fordern nicht herauf, wer uns aber den Weg verlegt, wird beiseite gehoben.

Und unsre Lösung ist: einer für alle, alle für einen. Das vergangene Jahr hat große Kämpfe für uns gehabt, große Fortschritte. In allen Ländern der Erde hat die Socialdemokratie an Kämpferzahl, an Einfluß, an Macht gewonnen. In weniger als fünf Monaten werden die Abgeordneten des internationalen Proletariats sich abermals zu den großen Assisen der Arbeit in Paris versammeln — in demselben Paris, der Mutterstadt der Revolution, die vor 111 Jahren den Sturm der Bastille sah und vor 11 Jahren die Gründung des Weltfeiertags der Arbeit.

Diese Assisen der Arbeit werden ein Friedenskongreß sein, ein Friedenskongreß, der keine Poffe ist, wie der Haager sogenannte Friedenskongreß den der russische Kriegsfürst mit seinen Vasallen und seinen Kollegen im Militarismus veranstaltete, und aus dem die englische Regierung geradezu in den südafrikanischen Raubkrieg ging. Der Militarismus, der die Völker unterdrückt, sie in eiserner Klammer erfaßt und nur eine Art des Friedens hat: den bewaffneten Frieden, der fast schlimmer ist als der Krieg — der Militarismus ist ein Auswuchs des Kapitalismus — nur der Socialismus kann ihn überwinden. Der Socialismus ist der Friede. Die Socialdemokratie die einzige Friedenspartei!

Das sei heute in Flammenvorten zum Ausdruck, zum Bewußtsein gebracht.

Den Schwestern und Brüdern des Arbeitervolks aller Länder geloben wir heute fest zusammenzustehen in dem gewaltigen Ringen um das große Endziel: Befreiung der Arbeit aus den Klauen des Kapitalismus, gerechte vernünftige Einrichtung der nationalen und internationalen Arbeit zum Wohle aller — Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Friede auf Erden — Erlösung der Jahrtausende lang geknechteten und gearteten Menschheit durch den Socialismus. Die Bruderhand dem Freund!

Kein Waffenstillstand mit dem Feind! Kampf bis zum Sieg und Treue bis zum Tod! Mit diesem Schwur im Mund und Herz feiern wir unsren Welttag. Auf zum Weltfest der Arbeit!

An die Korrespondenten und Freunde unseres Blatts.

Um die Leser des „Vorwärts“ möglichst rasch über den Verlauf der Kaiserin zu unterrichten, verankerten wir am 2. Mai eine Nachmittags-Ausgabe. Wir bitten deshalb unsere Korrespondenten und Freunde, insbesondere die Vertrauensleute, Postarrangiere und Referenten, uns so rasch als möglich über den Verlauf der Feiere kurz zu unterrichten.

Wir bitten besonders um möglichst bestimmte Angaben über die Zahl der Teilnehmer an den einzelnen Veranstaltungspunkten.

Die Mitteilungen erbitten wir per Postkarte, bei sehr weiten Entfernungen telegraphisch.

Die Meldungen müssen am 2. Mai morgens in unseren Händen sein.

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. April.

Die zweite Lesung der Kommunalwahl-Vorlage.

Das preussische Abgeordnetenhaus beriet am Dienstag die Novelle zum Kommunalwahl-Gesetz in zweiter Lesung. In der Debatte wurden neue Momente nicht mehr vorgebracht, fast alle Redner — einschliesslich des Ministers Herrn v. Rheinbaben — betonten die Notwendigkeit, eine Demokratisierung des Wahlrechts zu verhüten und suchten darzulegen, wie ihrer Meinung nach dies Ziel zu erreichen sei. Das die Ansichten hierüber so weit auseinander gehen, daran sind nicht die bürgerlichen Parteien schuld. Die Schuld trägt einzig und allein der Minister, der zwei so entgegengesetzte Ziele wie die Stärkung des Mittelstandes und die Schwächung des Proletariats bei den Stadtverordnetenwahlen mit einem Schlage erreichen zu können sich einbildet; der Mittelstand kann unter dem Dreiklassenwahlsystem nur dann größeren Einfluss gewinnen, wenn zugleich dem Proletariat ein größerer Einfluss zu Teil wird.

Die Beschlüsse der Kommission, die wir bereits früher mitgeteilt haben, fanden nicht die Zustimmung der Regierung. Der Minister Herr v. Rheinbaben erklärte, daß die Regierung dem konservativen-meritokratischen Kompromiß (Erfordernis einer Zweidrittel-Mehrheit zum Erlaß eines Erlasses) ihre Genehmigung nicht erteilen könne. Um der Regierung gefällig zu sein, hatte der Abg. Freiherr v. Bedlich (frk.) einen Antrag vorbereitet, daß bei Berechnung des durchschnittlichen Steuerbetrags die Wähler, welche zur Staatseinkommensteuer nicht veranlagt sind, und wo die Ausübung des Wahlrechts an die Entrichtung eines bestimmten Einkommensteuer-Geldes geknüpft ist, auch die zu diesem Zwecke veranlagten Wähler, sowie die Steuer, mit welcher dieselben in die Wählerliste eingetragen sind, außer Betracht zu lassen sind. Mit diesem Antrag, dessen Spitze deutlich gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist, gelangt die Vorlage gegen die Stimmen der Freisinnigen zur Annahme, nachdem vorher verschiedene Voträge auf Erlaß der Drittelung durch das System der Stufstellung abgelehnt waren. Die Regierung wird ihren Widerspruch gegen die Kommissionsbeschlüsse nunmehr fallen lassen.

Von den sonstigen Forderungen ist nur noch die Zulassung von Abstammungsbezirken innerhalb der einzelnen Wahlbezirke zu erwähnen. Es fragt sich jedoch, ob dieser Beschluß nicht in der dritten Lesung wieder aufgehoben wird, da die konservativen geschlossenen dagegen stimmen und die Nationalliberalen sich nur vorsäufig dafür erklärten, sich ihre endgültige Entscheidung aber bis zur dritten Lesung vorbehalten wollen.

Dienstag steht der Antrag v. Clemen (natl.) betreffend die Erhöhung der Zuwendungen an die Provinzen auf der Tagesordnung.

Der Ritualmord im Herrenhaus.

Das preussische Herrenhaus beweist seine Christenberechtigung, die ihm herrschende Kargheit so oft abgespröchen haben. Ernst Wilhelm Raspar v. Herzberg, Rittergutsbesitzer, Kreis- und Landtags-Deputierter, Rittermeister a. D., evangelisch, geboren 1832 auf Lottin, wohnhaft daselbst, ein Vertreter des alten und des besessenen Grundbesitzes, der u. a. über Babelon herrscht — nämlich das Neu-Stettiner Babel — hat in besagter Adelsbewahranstalt die folgende Interpellation eingebracht:

Welche Schritte gedenkt die königliche Staatsregierung zu thun, um weiten Kreisen der christlichen Bevölkerung die Gewissheit zu verschaffen, daß die in den letzten Jahren vorgekommenen unangenehmen Morde an christlichen Jünglingen und Jungfrauen nicht von den Juden begangene sogenannte Ritualmorde sind?

Herr v. Herzberg-Lottin hat auch gerührt, auf seinem babilonischen Studierzimmer eine Begründung höchst-eigenhändig auszuarbeiten, die also lautet:

Der bisher unangefasste Nord des Chymnastischen Winter in König hat die Bevölkerung großer Teile Westprengens und Hinterpommerns um so mehr in berechtigter Aufregung versetzt, als der Befund der Leichenstücke ebenso wie die ungelähmt gebliebenen Morde in Sturz und Rausen auf eine besondere Verwertung des menschlichen Blutes schließen läßt. Da nun in weiten Volksteilen der Glaube vorherrscht, daß die jüdischen Geheime-schriften die Verwendung von Christenblut für rituelle Zwecke gebieten, außerdem zufällig bei diesen Morden wie auch bei denen in Döhmen und Tula-Ghar die ersten Spuren der Thäterhaftigkeit, welche indes im Lauf der gerichtlichen Verhandlungen immer verwischt wurden, auf jüdische Thäter deuteten, so erscheint es allein im Interesse der jüdischen Bevölkerung geboten, daß durch eine authentische Uebersetzung aller jüdischen Geheime-schriften der Nachweis geführt wird, daß diese Schriften keinen Anhalt für den Volksglauben bieten.

Dem Interpellanten liegt nicht nur daran, endlich Klarheit über die Motive zu diesem mysteriösen Mord zu schaffen, sondern er möchte auch hauptsächlich die christliche Bevölkerung darüber beruhigen, daß seitens ihrer berufenen Vertreter alles geschehen wird, um eine Verhinderung des Thatschands zu verhindern. Die Bevölkerung wird durch diese Gewissheit hoffentlich abgehalten werden, sich durch Provokationen seitens der Juden zu Gewaltthatigkeiten hinziehen zu lassen, die schließlich nur den Juden nützen und die Aufmerksamkeit der staatlichen Organe von der dieser Erregung zu Grunde liegenden jehuslichen Mordthat abzuwenden geeignet erscheinen. Es ist doch durch die Lurken in unsern Nachbarländern schon so weit gekommen, daß der Herr Minister des Innern die Hauptaufgabe der Polizei-Organe zunächst in der Unterdrückung des überschäumenden Unwillens einer erregten Bevölkerung sieht. Möge sich die christliche Bevölkerung daher einer so tiefemten Sache würdigen Zurückhaltung befleißigen.

Damit hat das Herrenhaus endlich seinen wahren Beruf gefunden. Es wird sich fortan ausschließlich dieser Erörterungen widmen. Die tiefsten Fragen des Kartentagens, der weißen Frau, des fliegenden Holländers, der Heilmittlungen des Kröpfens und der Studie vom Hentzerfird, des Tschridens, der Resauer Phänomene werden mit Hilfe der Regierung einer befriedigenden Lösung entgegengeführt

werden. Das siebente Buch Moses soll in einer billigen Volksausgabe zur Aufklärung der Massen verbreitet werden, und hinsichtlich des bösen Blicks wird eine dauernde Untersuchungskommission verlangt.

Die Reihe der Interpellationen aber wird mit einer Angelegenheit beginnen, die des allgemeinsten Interesses sicher ist. Der Rittergutsbesitzer auf Lottin und Babelon wird, wie wir hören, unmittelbar nach der Ritualmord-Interpellation eine andre Blutslegende zur herrenhäuserlichen Besprechung bringen, indem er die folgende Anfrage stellen wird: Welche Maßregeln gedenkt die königliche Staatsregierung zu ergreifen, um weiten Kreisen der plebejischen Bevölkerung die Gewissheit zu verschaffen, daß die Mitglieder des alten Adels nicht blaues, sondern rotes Blut haben?

In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß der Glaube an die blaue Färbung adligen Blutes vielfach eine starke Abneigung gegen die Edelsten der Nation veranlaßt habe.

Uebrigens ist bemerkenswert, daß Herr v. Herzberg-Babylon dem neuen Minister des Innern eine bittere Rüge erteilt, weil er die Ausschreitungen gegen die Juden, diese edle Beschäftigung eines „überschäumenden Unwillens“ in erster Linie zu unterdrücken suchte. Warum sollen die Ritualmord-Gläubigen nicht auch ein bißchen die Synagogen zerstören. Nur bei Streiks braucht die „Ordnung“ straff aufrecht erhalten zu werden, wo es bekanntlich schon die Grundlagen des Staats stürzt, wenn ein Arbeiter friedlich an einer Straßen-ecke steht.

Auf der Bahn zur Regierungspartei.

In der Sitzung der Budgetkommission vom 26. d. M. vertiefte sich der Abg. Müller-Julda zu der Behauptung: „Das Centrum ist nicht bewilligungslustiger geworden.“ Gemeint ist die Bewilligungslust in Militär- und Marine-Angelegenheiten. Abg. Müller-Julda hat mit dieser Behauptung die geschichtliche Wahrheit kurzer Hand auf den Kopf gestellt. Ein Blick auf das parlamentarische Verhalten des Centrums lehrt unabweislich das Gegenteil von dem, was der Abg. Müller behauptet hat: Das Centrum ist immer bewilligungslustiger geworden.

Es lassen sich in der Geschichte des Centrums zwei Perioden deutlich verfolgen. In der ersten Periode war es als Oppositionspartei radikale Gegnerin aller Vermehrungen auf militärischem Gebiete. In dieser Periode verhielt es sich gegen alle Militärfragen so ablehnend wie die Sozialdemokraten und kein Geringerer als Bismarck hat dieses Verhalten so gedeutet, als ob in der Gefolgschaft des Centrums der ganze Freisinn und die Sozialdemokratie hände. In der bekannnten Bismarck-Rede vom 12. Januar 1887 über die Notwendigkeit der Heeresvermehrungen führte der Reichstagsler aus:

„Wer in allen unwichtigen Fragen, wo die Sicherheit und das Ansehen des Reichs am meisten interessiert ist, da haben die Sozialdemokraten nie einen Anlaß gehabt, einen andern Weg zu gehen, als er ihnen vom Centrum vorgezeichnet war.“

In dieser ersten Periode, in der die Centrumspartei für die Reichsregierung noch die „reine Negation“ verkörperte, kam die ablehnende Haltung gegenüber Mehrausgaben für Heereszwecke auch deutlich in den Wahlausrufen der Centrumspartei zum Ausdruck. Im Wahlausruf vom Juni 1876 hieß es:

„Die Umkehr zu einer gesunden Wirtschaftspolitik... muß Hand in Hand gehen mit einer Finanzwirtschaft, welche vor allem eine Beschränkung der Reichsausgaben und zwar an erster Stelle beim Heerwesen, ins Auge faßt.“

Und im Wahlausruf vom Juni 1881 lesen wir: „Der nicht minder wichtige Zweck der Steuerreform... kann nur erreicht werden durch eine von uns stets vertretene und hier ausdrücklich aufs neue geforderte Finanzwirtschaft, welche vor allem eine Beschränkung der gegen unsere Stimmen so sehr vermehrten Ausgaben, und zwar an erster Stelle beim Heerwesen, ins Auge faßt.“

In Konsequenz der hier vertretenen Anschauung hat denn auch das Centrum in der ersten Periode, die sich bis zum Jahre 1880 erstreckt, sich gänzlich ablehnend Militärvorlagen gegenüber verhalten. Es widersetzte sich 1874 und 1880 der Bewilligung einer erhöhten Friedenspräsenzstärke für die Dauer von sieben Jahren. Nach 1880 aber fängt die zweite Periode an. Die Bewilligungslust im Centrum regt sich und wächst trotz einiger Rückschläge in der Richtung der früheren Haltung. Die Wendung der Centrumspolitik in diesen Fragen tritt wiederum scharf in den Wahlausrufen hervor. Schon 1884 ist von einer Verminderung der Ausgaben für Heereszwecke nicht mehr die Rede. Auf der abschließigen Bahn angelangt, heißt es:

„Wir wollen des Vaterlands volle Wehrkraft, aber auch die Steuerkraft des Volks und das Budgetrecht des Reichstags nicht geschädigt sehen und können für jene erste nur bewilligen, was mit den beiden letzten sich vereinigen läßt.“

Hier wird schon statt der Roll-Tonart der Verminderung der Tur-Tonart der Bewilligung angeklungen. Noch deutlicher aber tritt der Standpunkt einer Regierungspartei im Wahlausruf des Centrums vom Jahre 1890 zu Tage, wo gesagt war:

„Wir werden auf allen Gebieten nachdrücklich auf die größte Sparsamkeit dringen, wenn wir selbstverständlich auch gewillt sind, heute wie immer, für die Ehre, die Würde und die volle Wehrfähigkeit des Deutschen Reichs einzutreten.“

Schon bei der Septennatsvorlage im Jahre 1887 kommt der veränderte Standpunkt des Centrums zum Ausdruck. Gegen die Vermehrung der Ausgaben selbst wandte sich das Centrum nicht mehr, es suchte mit der Regierung nur noch den Konflikt in der Frage der Fristbestimmung. Ausdrücklich renonnierte das Centrum: Wir bewilligen jeden Mann und jeden Großen, aber nur auf drei, statt sieben Jahre. Und nach den Neuwahlen gab das Centrum sogar diese doch mehr formelle Opposition auch noch auf und enthielt sich der Abstimmung, angeblich weil es zwecklos sei, die frühere Abstimmung zu wiederholen, da jetzt die Uebereinstimmung der Regierungen mit der Mehrheit des Reichstags feststehe.

Bei der Erhöhung der Friedenspräsenzstärke im Jahre 1890 aber bewilligte nach einigem Zieren das Centrum die Vorlage und verhalf zum erstenmal einer Militärvorlage zum parlamentarischen Siege. Den Wählern gegenüber schützte man sich durch ein paar Resolutionen gegen die Verhöhnung der künftigen Heeresgestaltung. Nur 20 Abgeordnete des Centrums stimmten damals mit der linksstehenden Opposition. Man will vielleicht das Centrum aus seiner Haltung gegenüber der Militärvorlage vom Jahre 1893 herleiten, daß es nicht bewilligungslustiger geworden sei. Die Thatsache, daß hier das Centrum noch einmal entscheidenden Nein sagte, ist richtig, aber eine Schwäche macht noch keinen Sommer und gegenüber der Gesamtschwelung seit 1880 giebt dieser Rückschlag in die Zeit der Bewilligungslust dem gouvernementalen Charakter des Centrums kein andres Ansehen. War es doch ein Mitglied des Centrums, das durch seine Anträge die Militärvorlage unter Dach und Fach brachte, legte doch die Centrumsfraction sichtlich dagegen Verwahrung ein, daß aus seiner Haltung auf eine Verwandtschaft seiner Opposition mit derjenigen der mehr links stehenden Parteien geschlossen würde. Gleich bei der nächsten Vorlage zeigte sich auch das Centrum schon wieder als Reiter in der Rot. Es läßt die Militärvorlage 1898 zwar nicht ohne Widerspruch passieren, erteilt einige tausend Mann, bewilligt aber den größeren Teil der Mehrausgaben ohne Bedenken und stellt der Regierung einen Wechsel auf den Rest der Vorlage für die nächsten Jahre aus.

In der historischen Beleuchtung seiner Haltung zeigt also das Centrum zweifellos, wie es aus einer Periode der Bewilligungslust in eine Periode wachsenden Bewilligungseifers eingetreten ist.

Die entgegengesetzte Behauptung des Abg. Müller-Julda beweist nur, daß das Centrum seine Liebedienerei vor der militaristischen Regierung möglichst vor den Wählern zu vertuschen wünscht.

Russische Pläne.

Ueber die russischen Bewegungen in Centralasien wünscht die Regierung Saterichens strenges Geheimnis zu bewahren. Wir sind in der Lage, die folgenden Mitteilungen über die Pläne des Schwelgers zu veröffentlichen:

28. März 1900. 2272.
Der Minister des Innern hat es für notwendig gefunden, auf Grund des § 140 des Preßgesetzes zu verbieten: den Nachdruck in Nr. 8650 der „Rouvoje Wrenja“ erschienenen Notiz über die Abreise eines Mitglieds der beratenden Kommission im Finanzministerium, wie auch anderer Beamten des Ministeriums nach Persien; ebenfalls soll die Veröffentlichung irgend welcher Nachrichten in der Presse, die die Abkommandierungen der Agenten des Finanzministeriums nach Persien oder die Ergebnisse dieser Abkommandierungen betreffen, nicht stattfinden. Davon setzt in Kenntnis die Hauptverwaltung in Pekingangelegenheiten, auf Befehl des Herrn Ministers des Innern, die Herren Redacteurs aller nicht unter Censur stehenden Zeitungen und Zeitschriften.

20. März 1900. 2331.
Um falsche Deutungen seitens der Tagespresse in den Fragen der äußeren Politik zu vermeiden, hat der Minister des Innern jetzt einen besonderen Beamten eingesetzt in der Person des Schriftführers desselben Ministeriums, des Staatsrats Keratoff, der unmittelbare Aufklärungen den Redacteurs der Tagespresse geben wird, falls dieselben authentische Nachrichten in einzelnen laufenden politischen Fragen bekommen möchten. Davon setzt in Kenntnis die Hauptverwaltung in Pekingangelegenheiten, auf Befehl des Herrn Ministers des Innern, die Herren Redacteurs der nicht unter Censur stehenden Zeitungen und Zeitschriften.

(natl.) Stellvertreter des Chefs der Hauptverwaltung in Pekingangelegenheiten.
Fürst Schacholostch.
Man sieht: die Absichten der russischen Politik scheuen das Licht.

Deutsches Reich.

Kompromisse ohne Ende. Aus der letzten Sitzung des Staatsministeriums verläutet folgendes:

Alle preussischen Staatsminister, außer dem Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe, dem Minister des Innern Herrn v. Rheinbaben und dem Justizminister Schönstedt und die Staatssekretäre bis auf den Staatssekretär Niederberg waren erschienen. Auf der Tagesordnung haben gestanden die Flottenvorlage, das Reichsbeschau-Gesetz und die vom Reichsanwalt des Innern ausgearbeitete Novelle zum Weingesez. Nach eingehender Erörterung hat das Staatsministerium sich dafür entschieden, die Beschlüsse der Subjekt-Kommission des Reichstags zur Flottenvorlage trotz der Abstriche gutzuheißen. Die preussischen Vertreter im Bundesrat werden demnach ihre Stimmen dafür abgeben. Voraussetzungsweise wird als bald das Plenum des Bundesrats zusammentreten, um auch bezüglich der Deduzungsfrage Stellung zu nehmen und, wie die Budget-Kommission verlangt hat, die vom Staatssekretär Freiherrn v. Thielenmann abgegebene Erklärung sich anzueignen. In der Frage des Reichsbeschau-Gesetzes hat sich die preussische Staatsregierung im großen und ganzen auf den Boden des Kompromisses, der zwischen dem Reichsanwalt des Innern und hervorragenden Reichstagsmitgliedern angebahnt worden ist, gestellt. Das Zustandekommen der Vorlage ist demnach als sehr wahrscheinlich anzusehen. Dagegen haben sich, wie auch bei der Besprechung der Interpellation Deunhardt im Reichstagsangelegenheiten, der vorliegenden Fassung der Novelle zum Weingesez Schwierigkeiten in den Weg gestellt, und es sind Einprüche erhoben worden, die nicht von der Hand gewiesen werden können. Diese Vorlage dürfte also für diese Tagung zurückgestellt bleiben.

Die Mai-Sträßen

begleiten, wie immer, das Fest des Völkfriedens und der kulturbelebenden Arbeit mit ihrem wirrlichen Gefläsch.

Die freisinnige „Vossische Zeitung“, die das Raffest des honetten Bürgertums erst am Tage des Einzugs Franz Josefs de-gehen wird — auch die Parlamente werden vermutlich an diesem Tage feiern — sieht immer noch in dem proletarischen Feiertag eine unerhörte „Kraftprobe“ und eine „Aufregung zum Vertragsbruch“. Deshalb muß die erste Mahnung an die Arbeiterwelt, sich solcher Herausforderungen zu enthalten, nur eindringlich wiederholt werden. Die Arbeiter können ihren Zweck durch Veranstaltungen außerhalb der Arbeitszeit vollkommen erreichen. Durch die eigenmächtige Arbeitsruhe aber verletzen sie das Recht Dritter und die von ihnen selbst eingegangenen Verträge. Und dagegen wird sich die bürgerliche Gesellschaft zu wehren wissen. Die Verantwortung für die Folgen des Kampfes fällt auf die zurück, die ihn geflissentlich heraufbeschworen haben.

Hoffentlich werden am Raifest des Freisinn zu Ehren des Kaisers von Oesterreich nicht etwa gar Arbeit geber zum „Vertragsbruch“ angesetzt. Das würde das rechtliche Wiederweier-Verz der „Vossin“ nicht überleben.

In bänglicher Stimmung befindet sich die katholische „Germania“ anlässlich des 1. Mai. Der Flottenverrat des Centrums und seine Förderung des Brotwunders erweckt ihre schärfste Befürchtungen:

„Das Hinarbeiten auf eine praktische Socialreform und die Erfolge der erlautenden socialdemokratischen Bewegung werden die Arbeiter der Socialdemokratie zuführen, wenn nicht die liberalen und konservativen Parteien, ebenso wie das Centrum für eine fräftige Fortführung der Socialreform und besonders für die Förderung der Arbeiterorganisation eintreten und es so den noch nicht socialdemokratischen Arbeitern ermöglichen, ihre Ständes-interessen zu vertreten.“

Wohlfühendes Verständnis für den gewaltigen Gedanken unsres Völkertages zeigt von allen bürgerlichen Blättern nur die „Vossische Zeitung“:

„Wohlich, wir begreifen in Anbetracht all dieser Verhältnisse immer wieder von neuem die Idee eines allgemeinen Feiertags zur Verlängerung der Arbeitszeit, so oft der 1. Mai herannah und in den Herzen von Millionen fleißiger Arbeiter, ihrer Frauen und Kinder die Sehnsucht nach einer Milderung in der Ausnutzung ihrer Arbeitskraft lebendig wird und nach Ausdruck ringt! Denn in dieser Sehnsucht zeigt sich das brennende Verlangen nach einer menschlicheren Ausgestaltung unsrer gesamten Kulturverhältnisse, nach einer Hebung der Lebensformen der breitesten Volksschichten. Diese Sehnsucht will herunterschauen vom Himmel die ewigen Rechte auf Teilnahme an den Erzeugnissen der Kultur! Eine große, schöne, begeisternde Idee ist es, Millionen von Menschen zusammenzuführen zu dem Ruf nach dieses Kulturgedankens. Wer sich der ethischen Würde dieser Idee verschließt, den bedauern wir, weil seiner Seele das Organ für die richtige Würdigung eines erhabnen socialen Gedankens fehlt.“

Wie viele prunk- und geräuschvolle Feste wird der Deutsche zu feiern genötigt, die an sittlicher Bedeutung weit zurückstehen hinter dem großen Gedanken eines andrerehenden Arbeitertages! Wie viele Arbeiter werden auf Grund ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit gezwungen, mancherlei Feste dieser Art mit-zuziehen, von denen ihr Herz nicht voll ist? Will man den denjenigen, will man allen andern Arbeitern verwehren, sich um einen Festgedanken zu scharen, der eine begeisterte Kraft von elementarer Gewalt in sich birgt?

Gewiß! Hunderttausende von werteschaffenden Arbeitern müssen am 1. Mai in Dienste der Pflicht austarren, ohne daß

für sie die Freistunde schlägt. Sie werden aber, darum von den feinsten Gedanken nicht minder erfüllt sein, als die Kameraden, die sich den Tag fern der Werkstatt und der verhängigen Sanierung fesseln zu gestalten vermögen. Noch sind die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht darauf zugeschnitten, daß eine allgemeine Feier des preiswürdigen Festgebührens durchführbar wäre. Aber unbenommen bleibt es jedem aufrichtigen Kulturfreund, jedem ethischen Freund der ehrlichen Arbeit, auf die erhebende und befreiende Kraft der Idee hinzuwirken, aus welcher die Maßfeier ihren Ursprung herleitet.

Eine einsame freundliche Stimme aus der verödeten bürgerlichen Welt! —

Centrumswandel. Auch die Wähler des linken Centrumskreises haben gegen das Flottenkompromiß ihrer Partei nicht das geringste mehr einzuwenden. Die „Allg. Volkstz.“, die im letzten Dezember, als die neuen Flottenangelegenheiten angehängt wurden, sehr scharf gegen die Weltpolitik eiferte, ist jetzt sehr umgänglich über den „Kompromiß“, weil dieser nicht gleich dem Centrumskreis seiner Dezemberanfassung zum Verräter geworden ist. Auch die früher lebhaft oppositionelle „Allg. Volkstz.“ hat sich in eine erstarrte Gleichgültigkeit eingelassen; unter den abwallenden Umständen muß man, erklärt sie, wirklich froh sein, wenn es gelingt, einige Abstriche zu machen und wenigstens die schwachen Schultern vor neuer außerordentlicher Belastung zu bewahren.

Als im vorigen Dezember von linker Seite dieser Umfall des Centrum vorausgesehen wurde, entrüstete sich die „Allg. Volkstz.“ ob „beweisloser Verhängnisse“!

Die „Allg. Volkstz.“ wird zugesehen, daß sie nunmehr selbst hinreichende Beweise erbringt hat.

Dassbach verurteilt!

Wie aus Trier telegraphisch wird, ist im Prozeß Dassbach-Gaundich das Urteil dahingehend gefällt: Gaundich wurde wegen einfacher Verleumdung zu 100 M. und wegen öffentlicher Verleumdung zu 200 M. Geldstrafe und in die Gerichtsliste verurteilt. In den Urteilsgründen wurde ausgesprochen, das Gericht habe die Überzeugung gewonnen, daß die behaupteten Thatsachen im wesentlichen der Wahrheit entsprechen.

Damit ist dieser Geschäftsleiter, der es mit dem Gelübde der Armut bis zu einem Vermögen von fast einer Million gebracht hat, für immer gerichtet.

Wird Herr Dassbach nun weiter den Feinze-Kampf führen gegen die Erschütterung und Zerstörung der religiösen und sittlichen Grundlagen, auf denen unser heutiges Gesellschaftsgebäude und Staatswesen beruht?

Das schlechte Gewissen.

Unre sprachlosigen Bemerkungen über die Emser Depesche, zu der uns eine französische Übersetzung und ein bisher unbekannter Brief Wilhelm I. veranlaßt, haben weitausläufige Entgegnungen hervorgerufen, die zeigen, daß das schlechte Gewissen unrer Nationalen immer noch nicht ruhen läßt, daß sie darum noch nicht vernünftig, ein historisches Ereignis mit einiger Wahrhaftigkeit darzustellen. Die russische Fälschung der Emser Depesche zeigt jetzt noch insofern nach, als sie jetzt recht neue geschichtliche Fälschungen erzeugt. Ja, man ist noch heute so erregt, daß man die bloße Erinnerung an jene Fälschung eines massenwiderlichen Krieges als eine sozialdemokratische Verschönerung auffaßt. Wir wollten, so wird behauptet, durch den Hinweis auf die einseitigen Eroberungstendenzen Bismarcks, die unheimlich friedlichen Absichten der gegenwärtig beherrschenden Schicksalslosen-Verdoppelung vor dem Ausland verächtlich. Als ob wir solcher Argumente gegen die Marinevorlage bedürften!

In dem langen Geschloß, das aus einer Berliner Korrespondenz u. a. in die „Allg. Volkstz.“ und in die „Rheinischer Allg. Zeitung“ übergegangen ist, interessiert uns nur ein Aufsatz: Wie angfänglich man an Bismarcks Memoiren vor der Fälschung nicht, die den Beweis für unrer Auffassung erbringen. Man begnügt sich, unrer Behauptung, Bismarck habe sich in seinen Memoiren mit unheimlichen Emissarien selbst zu seiner „Unthat“ bekannt, als eine „dreiste Lüge“ zu bezeichnen.

Wir wissen aus langer Erfahrung, daß man immer dann von einer Lüge des „Vorwärts“ spricht, wenn wir eine unangenehme Wahrheit ausgesprochen haben, und je unangenehmer diese Wahrheit ist, um so größer wird das vernehmende Schimpfwort, von der dreisten Lüge rühmt sie sich zur gemeinen, niedrigen, schamhaften, unverschämten Heilung.

Verjagt man aber in diesem Fall auch nur, den Vorwurf einer dreisten Lüge zu begründen. Vielleicht soll die folgende Fälschung eine solche Begründung darstellen. Man citirt nämlich aus Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ den Satz:

„Ich möchte von der mir durch Weselen übermittelten königlichen Ernennung Gebrauch, den Inhalt des (im Jahr 1862) vom Grafen Caprivi zuerst mitgetheilten, von Avelen an Bismarck gefandenen Telegramms zu veröffentlichen und redigierte in Gegenwart mehrerer hohen Beamten (Moltkes und Roon) das Telegramm durch Streichungen, ohne ein Wort hinzuzufügen oder zu ändern.“

Nein Wort weiter von Bismarck eigener christlicher Darstellung seiner Depeschensatzung! Das „ohne ein Wort hinzuzufügen oder zu ändern“ soll bei dem einseitigen Leser den Anschein erwecken, als ob Bismarck die Fälschung leugnet, während er gerade stolz darauf ist, daß er durch diese Streichungen — übrigens hat er nebenbei doch auch geändert und hinzugefügt — den ursprünglichen Sinn der Depesche im Gegentheil verkehrt hat. Noch deutlicher als in den Memoiren hat Bismarck dieses Meisterstück der Fälschung durch Streichungen „erst in einer Unterredung mit M. Garben bekannt („Zukunft“ vom 19. Oktober 1892):

„Auch würde die Presse ja doch alles einstellen, was ich sage. Es ist ja so leicht, ohne Fälschung, nur durch Weglassungen und Striche den Sinn einer Rede vollkommen zu ändern. Ich habe mich selbst einmal in diesem Falle versucht, als Redakteur der Emser Depesche, mit der die Socialdemokraten seit zwanzig Jahren kochten gehen. Der König schickte sie mir mit der Weisung, sie ganz oder nur teilweise zu veröffentlichen und als ich sie nun durch Striche und Zusammenziehungen redigiert hätte, rief Moltke, der bei mir war, aus: vorhin war's eine Chamade, jetzt ist's eine Panfarte.“

Trotz dieser abfälligen Thatsachen waagt es ein Blatt, wie die „Rheinischer Allg. Zeitung“, die den Vorwurf tiefster moralischer Verwahrlosung als ein „hochanständiges“ Blatt entrüstet zurückweisen würde, die Behauptung, daß Bismarck sich zu seiner Unthat bekannt hat, als eine dreiste Lüge zu schmäheln. Den Mut aber, die Seiten 10-12 des zweiten Bandes der Bismarckischen Memoiren ganz abdruckend, hat man nicht. Man fälscht und unterschlägt, und nachdem man so verfahren, spricht man von dreisten Lügen der Gegner.

Schweid. Der Kaiser hat an den Grafen Waldersee, der fünfzig Jahre im Dienst ist, das folgende Telegramm gerichtet: „Herlichen Glückwunsche zu heute! Möge Gott Sie mit seiner Armee und mir noch lange erhalten und Sie Ihren frohlichen Tag mit, Ihr unermüdeten Arbeiten und Ihren unverwundlichen Einsatz meinen Offizieren einimpfen.“

Lebnjahn's Flotte. Der Redakteur des „Welt. Tagebl.“, Arthur Lebnjahn, behauptet die Vaterhaft des Herkules Flottenkompromisses. Er schreibt:

„Wir hatten an dieser Stelle vor acht Tagen die Grundzüge eines Kompromisses angeboten, der dem Centrum gestatten könnte, sich mit den Anforderungen einverstanden zu erklären, die das neue Flottengesetz an die Opferwilligkeit der Nation stellt. Dieser Kompromiß ist inzwischen durch das Votum der Budgetkommission zur Thatfache geworden.“

In der That, daß man das nicht gleich gemerkt hat! Das Kompromiß zeigt sündhaft die Füge des Vaters. Möge der Name Lebnjahn von den neuen Sängern über alle Meere getragen werden. —

Flottenagitation auf Bahnhöfen. Selten ist für eine Agitationsvorlage soviel Melange gemacht worden wie für den Flottenverwehrgesetz. Seit einiger Zeit scheint sich auch das Eisenbahnministerium in den Dienst der Flottenagitation gestellt zu haben. Mit dem 1. April sind auf den Bahnhöfen einige Neuerungen eingeführt worden, die vom Publikum viel beachtet werden. In welchem Umfange die Neuerungen durchgeführt wurden, entzieht sich unrer Kenntnis. Wir können nur über unrer Beobachtungen auf den Stadtbahnhöfen Berlin berichten. Diese haben nun zunächst je 2-3 Spindelkörbe und je 2 Spulmaschinen erhalten. Von den letzteren steht eins an einem, das zweite am andern Ende des Bahnhofs. Will eine auf dem Bahnhöfen befindliche Person aussteigen, so muß sie erst einen kleinen Spaziergang machen, ehe sie das verbotene Tischchen findet. Aber das nur nebenbei. Die Eisenbahnverwaltung ist nicht nur für die Unterbringung von Spindelpapier und des Ausweiss der Zungen und des Halles befragt, sie sorgt gleichzeitig auch für die Unterbringung patriotischer Gefühle. Sie bringt auf den Bahnhöfen Plakate an, die die Seemacht Deutschlands in farbigen Strichen und schönen Text illustrieren. Auf der Stadtbahnhöfen Tiergarten z. B. kann man an dem Dienstmann-Häuschen des Stationsvorstehers seit ein paar Tagen einen solchen Bilderbogen bewundern. Bis jetzt freilich hat er noch wenig Aufsehen gemacht, so wenig wie die Spindelkörbe ihren Zweck erreicht haben. Das Publikum hat auf den Bahnhöfen selbst zu wenig Zeit, um zu spazieren oder zu lesen. Wenn schon das auf der Stadtbahn verkehrende Publikum ordnungsmäßig und sich für die Marine begeistern soll, so müssen Spindelkörbe und Marineplakate dorthin gebracht werden, wo sich das Publikum während der Verkehrszeit am meisten mit Spulen und Seilen beschäftigt. Die Geschäftsleute, die die Stadtbahn als Verkehrsmittel benutzen, haben den richtigen Ort schon längst herausgefunden und affischeren ihre Intereste in den Wagen der Stadtbahn selbst. Dort wird während des Fahrens gelesen und dort hätten Spindelkörbe für das fahrende Publikum mehr angenehmere Wert wie auf den offenen Bahnhöfen. Ob auch die Marineplakate dort mehr Nutzen würden, wagen wir nicht zu behaupten, aber wenn die preussische Eisenbahnverwaltung schon einmal das Rapsstücken und die Marinebegeisterung dem reisenden Publikum heibringen will, so muß sie mehr praktischen Sinn beweisen als bei ihren Versuchen auf der Stadtbahn wenigstens bis jetzt gezeigt hat. —

Von der angeblichen Friedensintervention Deutschlands unterhalb die „V. J.“ heute abermals ihre Keiser. Um ihre genaue Kenntnis der Vorgänge zu beweisen, bringt sie diesmal genaue Details über die Zusammenkunft des Grafen Witow mit Dr. Lehd. Auch von der Vorgeschichte dieser Zusammenkunft weiß sie offenbar zu berichten. Bereits davor Dr. Lehd sich von Brüssel aus mit der telegraphischen Bitte um eine Intervention an den Staatssekretär v. Willow gewendet habe, läßt die beiden Präzedenzen der idiosyncrasischen Republikanisten an Wilhelm II. selbst die Bitte gerichtet, einen ehrenvollen Frieden mit England zu vermitteln. Es sei dabei eines guten Wortes „gedacht“ worden, das Wilhelm I. in Gegenwart Bismarcks zu Clem Krüger gesprochen habe, als Antwort auf die Anekdote Krügers: „Wir können in Vertreten zu Dir auf, wie zu einem Vater.“ Dieser Ausspruch und Gemüth habe dann auch „aus Herz gegossen“. Die von Dr. Lehd's erbetene Zusammenkunft habe in dem kleinen bei Lugano belegenen Ort Baveno stattgefunden.

Der Inhalt der Unterredung entzieht sich natürlich jeder vorzeitigen Mitteilung. Die „Vossische Zeitung“ bewahrt zu diesen Mitteilungen ihres auffallend gut unterrichteten Gewährsmann: „Wir glauben, daß jeder Verständige es mit vollster Zustimmung beglückwünscht, daß Deutschland bisher mit äußerster Strenge an der Neutralität festgehalten hat, die es seit Beginn des gegenwärtigen Krieges beobachtet hat. Man würde es aber mit noch größerer Genehmigung begrüßen, wenn es gelang, von Berlin aus — ohne irgend welche Verletzung des Neutralitätsgedankens — in London die Genehmigung zu einem Friedensschlusse zu werden, der für beide Teile annehmbar ist und der öffentlichen Meinung in Europa gerecht wird. Wenn Graf Witow's Reise einen derartigen Erfolg zu zeitigen im Stande gewesen wäre, würden ihm die Sympathien aller Freunde des Friedens sicher sein.“

Wir zweifeln nur daran, daß England, für das in Emdenfalls sein ganzes Prestige auf dem Spiel steht, freundschaftlichen Zureden allein zugänglich sein wird. Nur Abmachungen von größerer Tragweite, die England eine ausgiebige Entschädigung für seine Einbuße an militärischen Nutzen bieten würden, könnten es einem für die Vorentscheidung ehrenvollen Frieden geneigt machen. Als Gegner der Neutralität und des Waffenstillstandes würden auch wir einen Friedensschlusse freudig begrüßen, auch gegen ein auf gesunden politischen Beziehungen basierendes Freundschaftsverhältnis Deutschlands mit England werden wir zuletzt etwas einzuwenden haben; allein gegen alle hinter den Kulissen geübten Künste unrer Diplomaten hegen wir ein ebenso tiefes wie begründetes Mißtrauen. —

In der „National-Zeitung“ wird übrigens die Darstellung der „V. J.“ von neuem erwidert demüthigt. Das Blatt schreibt: „In einem hiesigen Blatt wird das Märchen wieder aufgewärmt, wonach der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf Willow, in Baveno eine Zusammenkunft mit Dr. Lehd gehabt haben soll. Trotz der romantischen Zuthaten, mit denen der „Gewährsmann“ des Blattes seine Phantasie anstattet, muß dieselbe in allen ihren Einzelheiten als Erfindung bezeichnet werden. —

Ein Schühverband gegen Boykott. In das Dortmunder Genossenschaftsregister ist der Schühverband rheinisch-westfälischer Brauereien eingetragen worden, der mit einem Kapitale von 20000 M. begründet worden ist. Die Vereinigung erstreckt den Schüh gemeinamer wirtschaftlicher Interessen, vor allem wirksamen Schüh gegen Boykott's aller Art. Ein derartiger Schühverband ist allerdings sehr zeitgemäß, da die Boykottirungen harmloser und vollkommener weniger als rüchlich gefährder Briefe, die zudem oft nur als Anzeichen der Brauereiretungen, durch Militärbehörden, Arbeitervereine, patriotische Stalms und andre staatsretrende Organisationen, immer mehr zur öffentlichen Akauntität werden. —

Beitrag zur lex Heinze. Arefeld, die Domäne Waghens, ist nicht allen bekannt als Seidenstadt, sondern auch dadurch, daß dort noch die Prostitution lauemert ist. Im Herzen der Stadt, umgeben von den Hauptgeschäftsstraßen, sind zwei Straßen von den Prostituirten bewohnt. Unter den Augen der Polizei und befehligt von ihr, wird dort der Handel mit Menschenfleisch betrieben. Die Polizei stellt auf jeder Straße einen Doppelposten, damit der Anflug nicht zu stark getrieben wird. Ist der Verkehr gewöhnlich schon ein starker in den Straßen, weil die meisten Auswärtigen sich das Unangenehme einmal ansehen wollen, so kommt es erst recht zum Skandal, wenn Festlichkeiten, wozu auswärtige Vereine erscheinen, abgehalten werden. Besonders stark war der Lärm bei Gelegenheit eines Feuerweh-Verbandsfestes und der Katholiken-Verjammung, an den Tagen, wo sich die katholischen Studenten dort ein Rendezvous gaben. Jetzt endlich im Zeichen der lex Heinze werden Schritte eingeleitet, um dem Exzeß ein Ende zu machen. Aber nicht von der Behörde, bewahre, eine Anzahl Bürger wollen die Häuser lassen, um auf diese Weise die „Damen“ zu vertreiben. Die Feigheit der Häuser stellen aber derzeit unjüngliche Forderungen, daß in einer am 16. April stattgefundenen Versammlung der Beschlus gefaßt wurde, die Regierung zu ersuchen, dem Verein, welcher von den oben erwähnten Bürgern gegründet ist, das Entschuldigungsrecht zu verleihen, da die Behörde absolut nicht zu bewegen sei, Remedie zu schaffen. —

Flottenbegeisterung. Der „Post“ zufolge behndet sich durch zahlreiche Anfragen im Reichs-Marineamt eine so starke patriotische, empfangsfreudige Begeisterung am Rhein,

daß an maßgebender Stelle beschlossen wurde, die Torpedoboot-Flottille, wenn der Wasserstand es erlaubt, bis Straßburg fahren zu lassen.

Für die Marinebegeisterten wäre es gut, wenn sie sich von den „blauen Jungen“ auch gleich etwas gründlicher in allerhand schöne Marinegebräuche, als da z. B. ist die Vintentaufe, einweisen lassen würden. —

Verbrechen und Schulbildung. Die unlängst veröffentlichte preussische Statistik einjähriger Verbrechen beweist wiederum unauferlegbar, welcher sanfte Zusammenhang zwischen dem Mangel an Schulbildung und dem Verbrechenum, speziell der unangenehmsten Form desselben, dem Selbstverbrechenum besteht.

Von den 18 049 rüchfälligen Jugendhausgefangenen (13 539 männliche und 4510 weibliche) hatten nicht weniger als 1451 (1006 Männer, 445 Weiber) keine Schulbildung, 8689 (7228 Männer, 1461 Weiber) mangelhafte Schulbildung, 7782 (7125 Männer, 657 Weiber) vollständige Schulbildung und nur 187, darunter 7 weibliche Personen, höhere Bildung. Von den rüchfälligen männlichen Jugendhausgefangenen waren also über 8 Proz., von den Frauen fast 20 Proz. Analphabeten, und fast die Hälfte, bei den Frauen mehr als die Hälfte, bejahen mit einer mangelhaften Schulbildung, während die Zahl der Höhergebildeten verhältnismäßig klein ist.

Nach Provinzen gruppiert, ergab sich für den Osten des Staats (Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Schlesien) eine unerkennbar höhere Verbrecherrate, als für die westlichen Provinzen. Die günstigsten Verhältnisse wiesen Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Ostpreußen und Posen auf. Während beispielsweise die Zahl der analphabeten gebliebenen Berufsverbrecher 75,70 Proz. und der analphabeten 30,83 Proz. über 11, als nach der Zahl der in diesen Provinzen geborenen Bevölkerung angemessen werden müßte, bleibt Posen mit 96,77 Proz., Hannover mit 54,35 Proz., Westfalen mit 50,15 und Schleswig-Holstein mit 40,74 Proz. hinter der zu erwartenden Verbrecherrate zurück.

Für denjenigen, der im Verbrechen eine soziale Erscheinung sieht, haben diese Feststellungen der Statistik nichts Ueberraschendes. Höchste Not und Mangel an moralischer Widerstandskraft sind die Ursachen des Verbrechens. Die moralische Kraft, die auch härteste Verurteilungen widersteht, erwächst nur aus einer großen Schulung des Intellekts. Die ökonomischen Zustände, die am weitesten entfernt sind, das ökonomische Niveau der Volksschulbildung noch mehr herabzubringen, tragen, wie die Zahlen der Statistik unabweislich beweisen, für die Erziehung des Berufsverbrechens, ihr vollgültigste Maß der Verantwortung. —

Einziges Resultat der Wahl in Kurth. Bei der am 26. April stattgehabten Reichstags-Wahl des 2. hannoverschen Wahlkreises wurde Rechtsanwalt Dr. Semler-Hamburg (natl.) mit 6615 von 12 173 abgegebenen gültigen Stimmen gewählt. Von den Gegenkandidaten erhielten Buchdruckerbesitzer Dr. Braun-Kempfle (natl.) 1727, Buchdruckerbesitzer Dr. Almers-Borel (natl.) 2555, Buchdruckerbesitzer Hög-Vant (Nat.) 1071 Stimmen.

Und einer freien Reichstadt. Bremen, 27. April. Die Ostgerichte hat die Budgetberatung begonnen. Durch das Eingreifen der socialdemokratischen Fraktion gestaltete sich die erste Sitzung gleich zu einer überaus frohlichen. Eine Reihe wichtiger Anträge kündigte Debatten an, die den Liberalen zum Teil sehr unangenehm werden dürften. Es wurde von unrer Seite verlangt die Aufhebung der Verbrauchsteuer, einer indirekten Steuer, die namentlich das Fleisch verteuert. Vor den letzten Reichstagswahlen brachten die Liberalen einen detaillierten Antrag ein, der aber nach den Wahlen lästig verachte, weil die Liberalen keinen Ersatz für den Steuererlös zu finden wußten; sie blieben schließlich bei der Forderung einer dreifachen Staatssteuererhöhung, von der sie doch wußten, daß der Senat nicht dafür zu haben sei. Jetzt hat unrer Partei abermals die Deckung des Einnahmehabens durch progressivere Besteuerung der Einkommen über 6000 M. gefordert.

Ein wichtiger Antrag ist der der Befreiung des bei Ableistung des Staatsbürgerrechts erwerbenden Bürgerrechts. Diese Befreiung — 16 500 M. — unterbindet namentlich die Befreiung der bremischen Arbeiter an den Bürgerrechtsabgaben. Die Debatte dürfte die Frage der Reform des bremischen Wahlrechts, eines echten Privilegienrechts für das Großkapital, auf neue aufrollen. Ferner wurde von unrer Seite beantragt, daß die Wahldeputationen für die Wahlen einheitliche Stimmzettel ausgeben und daß die Wahl an einem Sonn- oder Festtage stattfinden solle. Auch die Selbstverwaltung Bremen besitzt in dieser Hinsicht die bekannten rechtlichen Unrichtigkeiten.

Beim Titel „Polizeidirektion“ brachte unrer Partei eine ganze Reihe schwerer Anträge gegen den Senat vor. Genosse Almer brachte in scharfem Tadel die Verletzung von Arbeiterfesttagen, denen die innere Stadt regelmäßig verperrt wird, zur Sprache; desgleichen die Verschärfung der Dauer von Arbeiterfestlichkeiten. Bürgerlichen Vereinen werden solche Verschärfungen nicht aufgehoben. Genosse Ebert schritt die

Streitpostenfrage an. Der seit Wochen währende Streit der Arbeiter über die Streitpostenfrage, die hier das Streikpostenfeste polizeilich verfolgt wird. Der streikpostenfeste Unternehmer Hölcher lang der Polizei ein Loblied, daß sie die Arbeitswilligen rühme; er enthielte das Herz des bremischen Unternehmers, indem er geradezu noch einem Streikpostenfeste Hölcher rief. Dieser Herr ist ein Hauptagitatör für den Reichstags-Abgeordneten Kreis, des Mitglieds der freimüthigen Vereinigung. Ebert sagte sein Verhalten gründlich fest. Der Bürgerrechtler Granung empfahl, sich in Fällen, wo man sich ungerecht behandelt glaube, beschwerdefähig an die Polizeidirektion, eventuell an den Senat zu wenden. Genosse Ebert erwiderte, das sei geschähen, und die Polizeidirektion habe Abhilfe zugesagt, aber am nächsten Tage, sei auf neue gegen die Posten eingeschritten. Der Herr Bürgerrechtler schweig darauf.

Die Vertreter des Baunehmehamens schickten sich sehr unangenehm betrieht, daß weiterhin seitens unrer Genossen Wegener zur Verminderung der Unfallgefahr für Bauarbeiter, namentlich zur Kontrolle über die Einhaltung der Bestimmungen der Bau-Ordnung und der Unfallverhütungs-Vorschriften, die Anstellung von Baukontrolleuren gefordert wurde, die von der Bauarbeiterkassette gewählt und vom Senat als Organe der Bau-polizei anerkannt und besoldet werden sollten. Die Unternehmervereine verweigerten jedoch, die Schuld an den Unfällen den Arbeitern in die Schuhe zu schieben. Sobald es zur Beratung des wichtigen Antrags kommt, wird ein reichhaltiges Material die Schuldigen kennzeichnen. —

Stuttgarter, 28. April. Im württembergischen Landtag ist gestern die Entscheidung über die Steuerreform, das letzte der drei Gesetze des großen gesetzgeberischen Reformwerks, gefallen; die Regierung hat eine Erklärung verlesen, wonach sie es ablehnt, die Steuerreform noch in diesem Landtag einzubringen, da die Neuwahlen zum Landtag schon vor Weihnachten dieses Jahres beendet sein und schon im November ausgeföhrt werden müssen, wußte die Zeit für die Beratung als eine zu kurze erachtet, um die Reform noch zu einem gesetzgeberischen Abschlus zu bringen. Eine solche Anträge der Regierung war auf heute erwartet worden, da der Reichstagsentwurf auf der Tagesordnung stand und man annehmen mußte, daß die Regierung, ehe sie in die Beratung der Steuerhölchen eintrete, über das Schicksal der Steuerreform Aufklärung geben werde. Der Führer der Demokraten, A. Hauptmann, trat dieser Verlegung des Reformwerks scharf entgegen und beantragte eine Resolution, welche die Regierung auf neue erzwang, die Steuerentwürfe dem Landtag wieder vorzulegen, indem er der Ersten Kammer die Schuld an der Verzögerung des Justizdeliktens des Gesetzes zuschob und der Regierung vorwarf, sie nehme auf die Erste Kammer eine zu weitgehende Rücksicht. Diesen Vorwürfen gegenüber wies Ministerpräsident Mittnacht darauf hin, daß die Gesamtsteuerreform erst noch im hohen Ausgrade sei und das Centrum durch Herrn Grober bedeutende Schwierigkeiten zu dieser Reform

angefündigt habe, so daß an eine Erledigung des Gesetzes in den noch bleibenden 8 Monaten gar nicht zu denken sei. Uebrigens habe ja gerade die Volkspartei die Verzögerung der Reform verschuldet, indem sie den Entwurf, in der Fassung der Ersten Kammer, zweimal abgelehnt habe. Es erhebe also ungeheuer, vor dem Abschluß der Reform zuerst die Wähler zu befragen. (Die erste Kammer hat ihre Zustimmung zu der Reform an eine Erweiterung ihres Budgetrechts geknüpft, wogegen die Demokraten gestimmt hatten.) Gaußmann erwiderte, daß, nachdem die erforderliche Zweidrittelmehrheit in der Kammer dafür gewonnen sei, im Budgetrecht nachzugeben, so wäre eine Wiedereinbringung des Entwurfs geboten gewesen und hätte er seinen diesbezüglichen Widerstand aufgegeben. Die Sache hätte in einem Vierteljahr erledigt werden können. Nachdem sich noch die Vertreter der Nationalliberalen, v. G. S. H. und des Centrums, Kienne, im Sinne der Regierung ausgesprochen, wurde der Antrag der Volkspartei, die Regierung zur Wiedereinbringung der Reformvorlage aufzufordern, mit allen gegen die Stimmen der Volkspartei und des Socialdemokraten Kloss abgelehnt. Damit ist die ganze Reformgesetzgebung bis nach den Wahlen vertagt. Dieselben finden im Dezember dieses Jahres statt.

Eine Vermehrung der Schutztruppe für Kamerun wird nicht nur von Herrn Eugen Wolf im „Berliner Tageblatt“, sondern auch in der „demokratischen“, „Frankfurter Zeitung“ gefordert. Eine solche Vermehrung ist nach dem Organ des Herrn Sommermann notwendig, um das Hinterland zu erschließen; bisher habe man sich aus Sparmaßregeln auf die Küste beschränken müssen. Diese Forderung wird gestellt, trotzdem in dem betreffenden Artikel die Lage der Plantagenwirtschaft als keineswegs glänzend dargestellt wird. Der Tabakbau befindet sich noch im Stadium des Versuchs, der Kaffeebau ist als unrentabel wieder aufgegeben worden und lediglich der Cacaobau soll einige Ausichten haben.

Die Vermehrung der Schutztruppe wird namentlich deshalb für nötig erklärt, um aus dem Hinterland Arbeitskräfte heranzuziehen zu können. Die früher verwendeten Kru-Regen sind zu anspruchsvoll geworden, die aus dem Hinterlande von Lagos bezogenen Arbeitskräfte aber besitzen zu wenig Widerstandskraft gegen das Klima, um längere Zeit verwendet werden zu können. Vor einem Jahr wurde dann ein Arbeitskommissar eingesetzt, der mit den Hauptlingen im Innern von Kamerun selbst Verträge abzuschließen und die Leute an die Küste zu bringen und an die Plantagen zu verteilen hatte, ein Ausflusystem übrigens, das einer milderen Form der Sklaverei verzeiwelt ähnlich sieht. Da die Arbeitskräfte jedoch nicht ausreichen, soll der Weg ins Hinterland nicht nur erschlossen — was inzwischen bereits durch neuerliche Operationen der Schutztruppe geschehen sein — sondern auch dauernd offen gehalten werden. Das sei aber nur möglich durch Errichtung von Militärstationen, wofür die Schutztruppe nicht ausreicht.

Trotzdem die Kolonie Kamerun sich seit 1894 so glücklich entwickelt hat, befürwortet jetzt sogar ein „demokratisches“ Organ die Vermehrung der Schutztruppe! Wer den kolonialen Militarismus befürwortet, der darf logischerweise auch dem Wasser Militarismus nicht länger widerstreben.

Ausland.

Belgien.

Zu den Kongogreueln. „Petit bleu“ veröffentlicht einen Brief, welcher von früheren Ansehern des Kongostaats herrührt und in welchem diese erklären, daß die Anschuldigungen gegen Lohaire und andre höhere Agenten, welche im Kongo sich befinden, längst bekannt waren. Sie halten die Anschuldigungen gegen Lohaire für richtig und fordern jeden, dem etwas über die Greuelthaten bekannt ist, auf, dies zu veröffentlichen.

Die Gewährleute des „Petit bleu“ hätten von ihrer Kenntnis der Dinge nur schon früher Gebrauch machen sollen! Hoffentlich gelingt es aber jetzt wenigstens, die Schuldigen zu entlarven und der unmaßstäblichen Bestrafung zu überliefern.

Brüssel, 30. April. Die socialdemokratischen Abgeordneten erklären in ihrem Organ „Parole“, daß sie morgen wegen der ersten parlamentarischen Lage keinem Meeting beiwohnen können.

Italien.

Fortsetzung der Obstruktion. Die „Voss. Ztg.“ läßt sich aus Rom melden: Verschiedene Obstruktionisten der Kammer haben erklärt, daß der Kampf um die Geschäftsordnung unverzüglich wieder beginnen werde, falls die Mehrheit nicht Zugeständnisse mache, die nach einigen Blättern schon beschlossen sind. Dies ist falsch. Regierung und Mehrheit erachten die neue Geschäftsordnung als völlig gescheitert zu stande gekommen und werden jeden Versuch, ihre Verbindlichkeit anzusehen, entschieden zurückweisen.

Amerika.

Eine amerikanische Drohung. Am Freitag voriger Woche hielt der Sekretär des amerikanischen Kriegsministeriums, Root, in der Grant-Gesellschaft in New-York eine Rede, in der er mit besonderem Accent betonte, daß das amerikanische Volk nötigenfalls mit den Waffen in der Hand für die Beachtung der Monroe-Doktrin eintreten werde. Diese auffallende Wendung wird jetzt dahin kommentiert, daß die Drohung gegen Deutschland gerichtet gewesen sei. In den amerikanischen Kreisen sei nämlich die Befürchtung entstanden, daß Deutschland beabsichtige, in Brasilien Kolonien zu erwerben, eine Meinung, die, wie ja der „Vorwärts“ bereits berichtet, auch in deutschen Anseherkreisen in Brasilien selbst verbreitet ist. Diese Deutung soll auch in Amerika selbst der Rede des Kriegssekretärs gegeben werden, wie folgendes Telegramm der „Voss. Ztg.“ aus London behauptet:

Nach Washingtoner Drahtungen wird des Kriegssekretärs Root Auffassung erregende Erklärung, die amerikanische Regierung werde bald genötigt sein, die Monroelehre nötigenfalls mit Waffengewalt aufrecht zu erhalten, als verdeckte Warnung an Deutschland betrachtet, seinen Ehrgeiz in Südamerika zu zähmen und nicht zu versuchen, deutsche Kolonien in Brasilien zu gründen. Etwas deutsche Deutschlands, festen Fuß auf amerikanischem Festland zu lassen, müßten schließlich zu einem ernstlichen Zwist zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland führen.

Mit dem Namen Monroe-Doktrin bezeichnet man bekanntlich die vom Präsidenten Monroe im Jahre 1823 erlassene und später bestätigte Erklärung, wonach die Vereinigten Staaten erklären, Einmischung einer europäischen Macht in amerikanische Verhältnisse, darunter auch etwaige Kolonisationsversuche, mit allen Mitteln zurückzuweisen.

Die Monroe-Doktrin hat allerdings ihre Berechtigung verloren, selbst die Amerikaner selbst in andern Erdteilen Kolonialpolitik zu treiben begonnen haben.

Wenn die „Voss. Ztg.“ jedoch über die „Kerbstadt“ der amerikanischen Staatsmänner spottet, vergißt sie, daß derartige rednerische Winke mit der gepanzerten Faust auch schon anderwärts beliebt worden sind.

Auch die Behauptung, daß in „maßgebenden Kreisen“ die Absicht von kolonialen Erwerbungen nicht bestehe, ist überflüssig. Dafür, daß unsere Weltmachtspolitik Brasilien längst als weiteres Experimentierfeld der Welt ins Auge gefaßt haben, liegen Beweise genug vor. Was die „maßgebenden Kreise“ heute beabsichtigen, weiß die Woffin vermutlich ebenso wenig wie wir; was sie aber morgen zu thun gedenken, entzieht sich vollends der Berechnung gewöhnlicher Sterblicher.

Gewichts-Zeitung.

Eine für Gastwirte bedeutungsvolle Entscheidung des Kammergerichts. Der Gastwirt Weber machte eines Abends um 11 Uhr seine Gäste darauf aufmerksam, daß er wegen Eintritts der

Polizeistunde das Lokal schließen müsse. Ein Techniker lud nunmehr die Anwesenden ein, auf seine Kosten gemächlich weiter zu gehen und so mit ihm seinen Geburtstag zu feiern. Ein Polizeibeamter, an den sich der Wirt jetzt wandte, erklärte sich nicht für befugt, ihm die Erlaubnis zu weiterem Aufenthalt zu geben. Er meinte jedoch, daß die Gesellschaft unter den obwaltenden Umständen vielleicht als eine geschlossene gelten könne. Weber gestattete dann die Geburtstagsfeier, die der Techniker so schnell arrangiert hatte. Polizei und Staatsanwaltschaft nahmen aber eine gefehlwidrige Uebertretung der Polizeistunde an und das Landgericht verurteilte später auch Weber wegen Vergehens gegen den § 305 des R.-Str.-G. zu einer Geldstrafe. Das Gericht führte aus, es handle sich hier nicht um eine geschlossene Gesellschaft, weil der Techniker das Lokal nicht vorher bestellt habe. Der Angeklagte legte Revision ein und betonte, daß der Begriff der geschlossenen Gesellschaft vom Vorbereitenden verstanden werden sei. Man hätte es doch hier mit einer geschlossenen Gesellschaft zu thun, und an eine solche könne auch nach dem Eintritt der Polizeistunde Bier verabreicht werden. Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht trat für die Aufrechterhaltung des landgerichtlichen Urteils ein und hob hervor, daß die vorliegende Sache von großer praktischer und rechtlicher Bedeutung sei. Wenn das Kammergericht anders entscheide wie das Landgericht, dann wäre der Umgehung des Gesetzes Thür und Thor geöffnet und die Polizeistunde überhaupt beseitigt. Das Kammergericht billigte die Auffassung des Oberstaatsanwalts vollständig und verworf die Revision des Angeklagten mit der Begründung, daß in der Entscheidung des Landgerichts ein Rechtsirrtum nicht zu erkennen wäre.

Die Fahrrad-Laterne. Der Radfahrer Stuger hatte eines Nachts an seinem Rade, das er vor sich hingob, keine brennende Laterne. Dadurch sollte er die Verordnung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg vom 28. März 1893 übertreten haben. St. bestritt dies und machte geltend, daß er eine brennende Laterne nur so lange am Rade haben müsse, als er darauf fahre. — Das Schöffengericht verurteilte indessen den Angeklagten zu einer Geldstrafe, während das Landgericht als Berufungsinstanz ihm beipflichtete und freisprach. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und der Oberstaatsanwalt am Kammergericht schloß sich ihr an, indem er sich auf eine frühere Entscheidung des Revisionsgerichts berief. Der Strafsenat des Kammergerichts verworf dennoch das Rechtsmittel als unbegründet. Der Präsident führte aus, daß der § 4 der angezogenen Ober-Präsidentenverordnung nur Transportmittel im Auge habe und daß ein geschobenes Fahrrad kein Transportmittel sei.

Ein Standaßprozeß hat gestern in Hamburg seinen Abschluß gefunden. Nach mehrtägiger Verhandlung ist, wie uns ein Privattelegramm meldet, von der dortigen Strafkammer der am Ort sehr bekannte Rechtsanwalt Hugo May wegen Sittenverbrechen, die er in 93 Fällen an den seiner Vormundschaft unterstellten Knaben verübt hatte, zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

Versammlungen.

Der Streik der Dachdecker ist beendet. In einer stark besuchten öffentlichen Versammlung, die am Sonntag abgehalten wurde, berichtete die Lohnkommission, daß sie am Freitag zusammen mit den Meistern getagt hat und daß die Arbeitgeber bei dieser Gelegenheit folgende Zugeständnisse gemacht haben: Bei Wiederaufnahme der Arbeit wird der Stundenlohn um 2 1/2 Pf. erhöht, am 1. Juli erfolgt eine abermalige Erhöhung um 2 1/2 Pf., so daß der Lohn vom 1. Juli an 60 Pf. pro Stunde beträgt. Die Feiertage des 1. Mai wird jedem Arbeiter freigelegt, Maßregelungen wegen der Maßfeier finden nicht statt. Unter diesen Bedingungen wird die Arbeit am Montag, den 30. April, wieder aufgenommen, und hat jeder Arbeiter an seinem bisherigen Arbeitsplatz wieder anzufangen. Aus Zulage des Streiks dürfen keine Maßregelungen vorgenommen werden. Die Zunahme verpflichtet sich für die Einhaltung dieser Abmachungen.

Während in der Diskussion zunächst mehrere Redner die Annahme der Einigungsbedingungen empfahlen, traten später einige Redner dafür ein, daß der Streik so lange fortgesetzt werde, bis die ursprüngliche Forderung der Dachdecker: sofortige Erhöhung des Stundenlohns auf 60 Pf. bewilligt sei. Nachdem die Lohnkommission sowie der Verbandsvorsitzende D. i. h. l. Frankfurt a. M. mit Rücksicht auf die derzeitige Situation für Annahme der Vorschläge der Meister pläbiert hatte, beschloß die Versammlung gegen einzelne Stimmen, die Arbeit unter den vorstehenden Bedingungen am Montag wieder aufzunehmen. Weiter wurde beschlossen: Die Kommission bleibt bis nach dem 1. Juli bestehen, und die Kollegen verpflichten sich, wöchentlich 50 Pf. zum Streikfond zu zahlen. Ein anderer, einstimmig gefaßter Beschluß spricht der Lohnkommission Anerkennung für ihre Tätigkeit aus.

Die Bauarbeiter Berlins und Umgegend hielten am Sonntag im Luisenstädtischen Konzerthaus eine stark besuchte öffentliche Versammlung ab, in der als Thema: „Die Taktik unserer Lohnbewegung und wie geben die Kollegen in diesem Frühjahr vorzugehen?“ auf der Tagesordnung stand. Der Referent, W. K. o. a., der das Vorgehen der Unternehmer insbesondere bezüglich der Streikauflösung beleuchtete und darauf hinwies, daß leider vielfach bei den Abschluß der Verträge der angestrebte Lohnstarif und die festgesetzten Arbeitsbedingungen nicht genügend beachtet werden, plädierte für strenge Aufrechterhaltung der gefaßten Versammlungsbeschlüsse, damit die Erwerngewinne der bisherigen Kämpfe nicht wieder verloren gehen. Dem Vortrage folgte eine längere Diskussion, in der wie vom Referenten zum festen Anschluß in der Organisation, zur regen Agitation und zur allgemeinen Beteiligung an den Sammlungen zum Streikfond aufgerufen wurde und in der zahlreiche große Mißstände auf den Bauten sowie die Schäden des Accordsystems einer Kritik unterzogen wurden. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig beschlossen: „Die Versammlung protestiert ganz entschieden gegen die Annahme der Streikauflösung seitens der Berliner städtischen Bauverwaltung und erwartet von den maßgebenden Körperlichkeiten eine strikte Ablehnung derselben. Die Bauarbeiter verpflichten sich andererseits, mit allen gesetzlichen Mitteln ihre Forderungen zur Durchführung zu bringen.“

Einstimmig wurde ferner der Lohnkommission nachstehende Resolution als Material übergeben: „In Erwägung, daß das Accordsystem zu unhaltbaren Zuständen führt, erucht die Versammlung die Kommission, Mittel und Wege zu beraten, daß dieses System in der nächsten Zeit aus Berlin beseitigt wird. Um die Bewegung einheitlich zu gestalten, wird die Kommission ersucht, mit den übrigen Gruppen des Baugewerks zwecks Abschaffung des Accordsystems in Verbindung zu treten.“

Der Centralverband der Handels-, Transport- und Verlehrsarbeiter versammelte seine Mitglieder am letzten Sonntag im Englischen Garten, Alexanderstraße, um ein Referat über die Bedeutung des 1. Mai zu hören. Trotz des herrlichen Wetters hatte sich eine stattliche Anzahl Kollegen mit ihren Familien eingefunden. Genosse Hans Rasthigal, der das Referat übernommen, entledigte sich seiner Aufgabe in einer einständigen Rede und sollte die Versammlung dem Referenten am Schluß seiner Ausführungen lebhaften Beifall. Nachdem die Resolution der Gewerkschaftskommission einstimmig angenommen worden, wurde noch darauf hingewiesen, daß die Mitglieder sich soweit es ihnen möglich ist, am Dienstagmittag in den Arminshallen versammeln. Ein gefelliges Beisammensein schloß sich der Versammlung an.

Der Verein der Tischler Berlins und der Umgegend hatte am 25. April eine Vereinsversammlung anderaumt, in der Dr. Josef einen naturwissenschaftlichen Vortrag hielt. Sodann erstattete die Streikkommission Bericht. Die Einnahme betrug 8579.— M., an Streikunterstützung wurde ausgezahlt 8169.— M. Der Ueberichuß verbleibt der Streikkasse. Zu dem am 24., 25. und 26. Mai stattfindenden Kongreß wurde Heyden als Delegierter gewählt. Außer-

dem wurde zum regen Besuch der Mai-Verammlung in den Borussia-Sälen vormittags 10 Uhr aufgefordert; vorher Treffpunkt bei O. Franke, Pallasstraße. 9. Nachmittags Familien-Ausflug nach Stralau, Krauses Lindenpark.

Konsumverein Noabit hält jeden 1. und jeden 3. Dienstag im Monat keine Sitzung ab. Da dieser 1. Dienstag auf den 1. Mai fällt, findet die Sitzung Mittwoch, den 2. Mai, statt.

Der Krieg.

Der Rückzug der Boeren

müß nach den neuesten Meldungen als vollständig geklärt angesehen werden. Die englische Umgehungsbewegung, die zu spät und scheinbar nicht mit besonderem Geschick veruricht worden war, ist erfolglos gewesen. Die Kavalleriebrigaden, die die Verfolgung der von Wepener und Dewetsdorp sich zurückziehenden Boeren aufgenommen hatten, sind bereits nach Bloemfontein zurückgezogen, ohne etwas ausgerichtet zu haben. Die Boeren benutzen auf ihrem Rückzug nicht die Landstraße, um sich leichter den Beobachtungen zu entziehen.

Bei Tzabanchu befanden sich am 28. April noch stärkere Boerenabteilungen, die die Hügel besetzt hielten; dieselben bildeten jedoch wohl nur den Nachhieb, da sie keinerlei Vagage mit sich führten. Auch hielt am 28. noch ein kleines Boerenkommando Smithfield besetzt.

In Bloemfontein eingetroffenen, angeblich von Seiten der Boerenregierung veröffentlichten Verlustlisten zufolge betrug die Stärke der Boerentruppen im Dezember v. J. 54 800 Mann, abgesehen von 5000 Aufständischen. Am 23. März 1900 zählten die Boerentruppen nur noch 26 500 Mann. Die Verluste der Boeren bis zum 13. März stellten sich auf 6500 Gefangene, 8000 Tote und Verwundete. Es ist unauflöschlich, was aus den andern lebenden 14 000 Mann geworden ist. In dem angeblich amtlichen Bericht der Boeren wird behauptet, diese seien nach ihrer Heimat zurückgezogen.

Aus Masering

liegt folgende vom 12. April datierte Depesche vor:

Mit dem gestrigen Tage dauert die Belagerung volle sechs Monate. Die Boeren feiern diesen Tag durch eine heftige Beschießung. Es wurde viel Materialschaden angerichtet, doch ist kein Verlust an Menschenleben zu beklagen. Auch heute setzten die Boeren die Beschießung fort. Dann verließen sie über die eingeborenen Vorposten herzufallen, welche das weidende Vieh bewachten. Die Eingeborenen waren aber die angreifenden Boeren zurück, nachdem sie sich bis auf eine Entfernung von 500 Yards genähert hatten.

Dem „Daily Telegraph“ wird aus Warrenton vom 27. April gemeldet, daß die Boeren die Stellung wieder besetzt haben, von der sie am letzten Dienstag vertrieben worden waren.

Der Militarismus sucht sich mit den Lehren des Boerenkriegs abzufinden. Die ungeheure Ueberlegenheit der Boerenkrieger im Feld konnte auch dem vorberühmtesten Gamaßenschnopf nicht entgehen. Der englische Kriegsminister erklärte schon zu Anfang dieses Jahres: Die Armee muß besser schießen lernen! Und jetzt wird bekannt, daß für die deutsche Armee eine neue Schießordnung herausgefunden ist, welche eine bessere Ausbildung der Soldaten im Schießen bezweckt. Der Hauptwert, so erfahren wir aus dem Reglement, wird auf die Schießausbildung auf erscheinende und verschwindende Ziele und bewegliche Ziele gelegt. Demgemäß sind als neue Schießarten Kadfahrerschützen eingeführt und Ziele aus Ballonstoff, mit Luft gefüllte Ballons, die hauptsächlich zur Darstellung von Kopfzielen verwendet werden sollen. Beim Angriffsgescheh im welligen Gelände wird darauf hingewiesen, daß sich auch feststehende Ziele durch Ausnutzung der Unebenheiten häufig so anstellen lassen, daß sie der schießenden Abteilung abersahend sichtbar werden. In Stellung befindliche Artillerie muß möglichst als verdeckt angenommen und durch halbe Batterieschützen dargestellt werden. Ein besonderes wertvolles Hilfsmittel für die kriegsmäßige Schießausbildung sieht die Anleitung in den neuen Ballonzielen, die aus Luftballonstoff hergestellt und mit Pappschläuchen für die Schießübung aufgebunden und dann als erscheinende und verschwindende Ziele benutzt werden.

Diese neuen Vorschriften bedeuten jedenfalls eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Schießman. Allein viel wird nicht erreicht werden. Mit dem Schießen ist es wie mit dem Turnen und andern körperlichen Fertigkeiten. Sie müssen in der Jugend erworben und während des Heranwachstums und nachher beständig und methodisch geübt werden. Wer erst mit 21 Jahren das Schießen lernt, wird es überhaupt — außer gewöhnliche Fälle abgerechnet — niemals zu hoher Tüchtigkeit bringen.

Die Anforderungen, die in der Armee bisher gestellt wurden, waren denn auch, weil man den Verhältnissen Rechnung trug, lächerlich gering. Jetzt hat nun der Boerenkrieg ad hominem demonstriert, daß der militärisch bestgeübte Soldat ein Stämper ist gegenüber dem freien Mann, der sich von Jugend an ohne Kasernendienst, im Gebrauch der Waffen geübt und seinen Körper getüchtigt und beweglich, gewandt und ausdauernd gemacht hat.

Die Herren Militaristen mögen sich drehen und wenden, der Jopf der hängt ihnen hinten, der Jopf, das ist der Militarismus. Sie mögen an dem Jopf herumschneiden so viel sie wollen — der Jopf bleibt Jopf und muß abgehauen werden, wenn die Staaten nicht auf ihre volle Wehrfähigkeit verzichten wollen. Die politische und wirtschaftliche Schädlichkeit des Militarismus ist schon lange als Thatsache erkannt; durch den Boerenkrieg — und das ist seine epochenmachende Bedeutung — ist die militärische Nichtswürdigkeit des Militarismus bewiesen worden.

In den Völkern ist die Lehre in die That umzusetzen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 30. April. (B. S.) Ein Kopenhagener Telegramm der „Reff. Ztg.“ besagt, daß die Socialdemokraten zum erstenmal die Erlaubnis erhalten haben, morgen eine Straßenprozession zu Gunsten des Nationaltagedags zu veranstalten.

Frankfurt a. M., 30. April. (B. S.) Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ aus Würzburg verurteilte das dortige Militärbezirksgericht den Lieutenant Klee vom 21. Infanterie-Regiment zu Eichstädt wegen Soldatennüchthandlung zu 2 1/2 Monaten Gefängnis.

Frankfurt a. M., 30. April. (B. S.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York: Dreitausend Angestellte der New Yorker Centralbahn in Buffalo sind wegen Lohnfragen in den Ausstand getreten. Weitere Streiks großen Umfangs werden befürchtet, falls die Verwaltung nicht noch heute nachgibt.

Wien, 30. April. (B. S.) Der Redacteur der socialistischen „Neuen Glühlichter“, Hugo Heller, und der Buchhändler Brand wurden vom Schwurgericht wegen Verleumdung des Bürgermeisters Dr. Lueger, bezogen durch Verbreitung von Lueger lächerlich machenden Korrespondenzartikeln, ersterer zu 400, letzterer zu 200 Kronen Geldstrafe verurteilt.

Paris, 30. April. (B. S.) Eine neue Katastrophe ereignete sich heute nachmittag in der Ausstellung. In dem großen Felsaal stürzte ein Gerüst zusammen, wobei drei Personen getöbt und mehrere verletzt wurden; die Aufregung in der Ausstellung ist ungeheuer.

Madrid, 30. April. (B. S.) Der Schaden, welcher durch den gestrigen Cyclon in der Provinz Andalusien verursacht worden ist, wird auf mehrere Millionen Pejetas veranschlagt. Zahlreiche Häuser wurden zerstört; alle Flüsse sind aus den Ufern getreten. Vier Leichen wurden angeschwemmt; zahlreiche Personen erlitten Verletzungen. Sämtliche Eisenbahnlinien mußten wegen der Ueberschwemmungen ihren Betrieb einstellen.

Stimmen der Völker.

Paris, April 1900.

Bis zum internationalen Kongress von Paris 1889, der den Weltfeiertag für die Arbeiter aller Länder festlegte, war die französische Arbeiterpartei nur eine kleine Sektel in des Wortes bestem Sinne. Ihre Propaganda hatte wohl die Geister revolutioniert, es waren Cadres gebildet, aber eine große Massenbewegung hervorgerufen war uns noch nicht gelungen; die große Masse lag noch im Banne des bürgerlichen Radikalismus. Das zeigt auch die Wahlstatistik; wir erhielten 1881: 27 002 Stimmen; 1885: 31 908 Stimmen und 1889: 47 147 Stimmen.

Erst im Jahre 1891, nach der zweiten Feiertag des Maitages, die eine so blutige Weibe in Formies erhielt, und nachdem Lafarge gegen die koalitierte Macht der Kirche, der Regierung und des Unternehmertums obsteigte und in das Parlament einrückte, erst von diesem Zeitpunkt an fühlten wir uns als eine Partei, eine Partei. Seitdem hat unsre Kraft und unser Einfluß unaufhörlich Fortschritte gemacht.

Die Kommunalwahlen von 1892 brachte uns 137 000 Stimmen und wir zogen in 29 Stadhäuser als Sieger ein, u. a. in Roubaix, Marseille, Narbonne usw.

Im August 1893 konnten wir bei den Kammerwahlen den Kampf in 90 Wahlkreisen aufnehmen; wir erhielten 221 804 Stimmen und brachten 7 Abgeordnete in die Kammer.

Im Mai 1896 errangen wir neue Siege. Die Partei vereinigte auf ihre Kandidaten 300 000 Stimmen und benachrichtigte sich der Stadtverwaltungen von Lille, Calais, Rouen und andre; in einer ganzen Anzahl anderer Städte zogen unsere Erwählten in die Gemeindevertretungen, wenn auch als Minoritäten, ein.

1898 fanden wieder Kommunalwahlen statt. In 113 Wahlkreisen stellten wir Kandidaten auf, und trotz der Wahlbeeinflussungen, welche die Regierung unter der Führung von Reine und Waldeck-Roussiaux damals vollführte, war das Resultat für uns über alles Erwarten günstig: 330 753 Stimmen und 14 Abgeordnete.

Ich füge hinzu, ohne Furcht, durch die Ereignisse widerlegt zu werden, daß, trotz der Krise, welche der Sozialismus in Frankreich seit einem Jahre durchmacht, die Kommunalwahlen am 6. Mai zeigen werden, daß unsere Partei kräftiger denn jemals ist.

Wir hoffen, die 11. Weidertage des Tages der Arbeit durch die Eroberung eines weiteren Hundert Stadhäuser würdig feiern zu können.

Am Tage des Festes der Arbeit rufe ich im Namen des Nationalrats der französischen Arbeiterpartei Euch zu:

Hoch die deutsche Sozialdemokratie! Hoch der Internationale Sozialismus!

Jules Guesde.

Brüssel, 27. April.

Zum erstenmal begehrt jetzt das sozialistische Proletariat die Feiertag des 1. Mai, und es erscheint angebracht, einen Blick nach rückwärts zu werfen, um den Weg zu messen, den wir seit dem internationalen Kongress von 1889 zurückgelegt haben.

Soweit unser kleines Land in Betracht kommt, ist die Bilanz am Ende des Jahrhunderts etwas mehr zufriedenstellend. Vor zehn Jahren waren wir noch nichts oder fast noch nichts; die belgische Arbeiterpartei hatte kaum begonnen zu existieren. Nur etwa ein halbes Duzend sozialistische Kooperationsgesellschaften nach dem Muster des 1880 gegründeten „Vooruit“ waren entstanden und um diese hatten sich eine Anzahl Unterstützungsvereine und einige wenige Syndikate gruppiert.

Was die politische Situation anlangt, so schien durch das Census-Wahlgesetz mit seinen Wählern 42 J. 32 Cent. die Kleinheerlichkeit der Bourgeoisie noch auf lange Jahre hinaus gesichert. Die Arbeiterklasse von damals gab nur durch die Streiks, von denen die ersten zu blutigen Konflikten führten, Zeichen ihres Daseins kund. Die Arbeiterausstände lehnten periodisch wieder, verschärften sich von Jahr zu Jahr, und immer lauter ertönte der Ruf: Allgemeines Wahlrecht!

Im Jahre 1893 mußte die Regierung der Fressen der Straße und dem Gewicht der 200 000 im Streik befindlichen Arbeiter nachgeben und das allgemeine Wahlrecht bewilligen, allerdings mit der Verschlechterung des Wahllootums.

Wiewohl Schiden wir schon bei der ersten Wahl im Oktober 1894 zum großen Verdruß der Bourgeoisie 28 sozialistische Vertreter in die Kammer, auf die sich 350 000 Stimmen vereinigt hatten. Bei den Wahlen von 1896 und 1898 überstieg die Zahl der sozialistischen Wähler 500 000, und die Wahlen von 1900 würden wahrscheinlich den Sturz der herrschenden Regierung gebracht haben, wenn noch nach dem Majoritätsprinzip gewählt würde. In der Furcht, die politische Macht zu verlieren, haben die Liberalen mit Hilfe eines halben Duzend Radikaler das Proportional-Wahlssystem zur Durchführung gebracht. Die nächsten Wahlen vom 27. Mai vollziehen sich unter diesem neuen Gesetz.

Nach unser dem neuen Wahlgesetz hoffen wir eine weitere Verstärkung unserer parlamentarischen Position, ferner werden wir eine gewisse Anzahl Abgeordneter in das Parlament bekommen, so daß die liberale Mehrheit nur noch eine ganz geringe sein wird.

Wichtig und geeint sieht die Arbeiterpartei da, durch nichts zu entweichen, während die gegnerischen Parteien mehr und mehr zerplitzern. Wir ziehen geeint in den Kampf, und unsere Partei, die Genossenschaften und die Gewerkschaften entwickeln sich fortgesetzt.

In vielen Industrie-Orten legt heute ein „Volkshaus“, sei es ein einfacher, sei es ein monumentaler Bau, Zeugnis ab von dem Vorhandensein sozialistischen Geistes, und in ganz Belgien werden wir die Wiederkehr des Festes der Arbeit würdig begehen, wie es dem belgischen Proletariat geehrt, das in den letzten vergangenen zehn Jahren, dank seiner Einigkeit und seiner Strebsamkeit, seine Macht mehr als verdoppelt hat.

Emile Vandervelde.

Mailand, den 27. April.

Freund!

Die sozialistische Partei Italiens geht durch eine sehr stürmische Periode hindurch. Von 1891 bis 1894 hatte sie eine rasch aufsteigende Bewegung; es war die erste Blüte der Jugend. Unruhen in Sicilien und anderswo gaben den Vorwand für die ersten Massen-Verfolgungen (die Ausnahmegeetze Crispien). Die Partei rückt sich durch steigende Wahlerfolge, durch welche die Stimmenzahl veranfacht, und die Zahl der Deputierten verdoppelt wird.

Die Ausnahmegeetze fielen zum Teil. Das politische Zwangsdomizil, unser inneres Sibirien, ist aber geblieben und heißt fortwährend Oyster.

Die Bewegung war kaum wieder in regelmäßigen Bahnen, als die Zustände von 1898, hervorgerufen durch die Regierungs-Reaktion, Anlauf boten, den Belagerungszustand zu verhängen und eine Vera pflichtloser Verfolgung zu beginnen. Alle bekannten Parteimänner wurden eingesperrt oder aus dem Lande getrieben. Verurteilungen zu 12 bis 15 Jahren Zuchthaus erfolgten wegen einfacher Meinungs-

äußerungen. Tausende von Genossen bevölkerten die Galeeren, Hunderte wanderten ins Exil.

Die Agitation im Volk und unsre Wahlsiege öffneten allmählich die Gefängnisse und Galeeren. Aber die Regierungs-Reaktion wurde dadurch nur etwas schlauer und viel boshafter.

Jetzt ist bei uns alles in Frage und in der Schwebe. Die ökonomischen Organisationen suchen sich zu rekonstituieren. Aber die politischen Rechte: Vereins- und Versammlungsrecht, Pressefreiheit, werden täglich verletzt und mit Füßen getreten. Es ist ohne Zweifel ein Plan, dem Volk das Wahlrecht zu nehmen, die Gemeinden, von denen viele sozialistische Behörden haben, unter die absolute Notmähigkeit der Regierung zu bringen und das gefesselte Land dem Militarismus, der agrarisch-industriellen Oligarchie, und dem Königtum, auf das diese sich stützt, zu überliefern.

Zu diesem Zweck will man jede Möglichkeit parlamentarischer Obstruktion durch ein Stempel-Reglement ausschließen, das widergesetzlich und betrügerisch durch Acclamation einer feigen Majorität eingeführt worden ist und die letzte übrig gebliebene Freiheit zu vernichten droht: die Freiheit der Parlamentaristik.

Nach diesem Schmelnsstaatsstreich (am 3. April) schiedte man die Kammer nach Hause. Allein am 18. Mai wird der Kampf wieder aufgenommen. Unmöglich etwas vorauszusagen. Wir werden auf äußerste Widerstand leisten. Am 3. April hatten wir 15 Sozialisten in der Kammer. Seit Sonntag, wo Mailand einen sozialistischen Abgeordneten wählte, haben wir 16. Die äußerste Linke, bestehend aus Sozialisten, Republikanern und Radikalen, ist festgeschlossen; sie zählt 68 Mitglieder der einer Gesamtmitgliederzahl von 508. Die Sozialisten sind die Seele des Kampfes.

Eine gewisse Solidarität hat sich in den letzten Kammeritzungen selbst mit den Abgeordneten der linken Opposition (150 Mitglieder) herausgebildet. Aber diese, in sich uneinige und von opportunistischen Parteiführern - Krämmen geplagte Partei ist eine sehr zweifelhafte Stütze.

Was man bei uns „das Band“ nennt, ist oft nur eine reine Abstraktion, eine Willkür ist es nur in gewissen Teilen Italiens, wo die politische Erziehung und die ökonomischen Verhältnisse weniger zurückgeblieben sind; so in den Städten Ober- und Mittelitaliens, und in Mittelitalien sogar ein Teil der ländlichen Distrikte (die Emilia). Diese Provinzen sind mit uns, Mailand, die moralische Hauptstadt, ist auch der Mittelpunkt des politischen Widerstands. Die Gemeindeverwaltung ist hier von uns und den übrigen Volksparteien erobert, bei den nächsten politischen Wahlen werden, wie schon vorigen Sonntag, die Regierungsparteien sich nicht mehr hervorwagen. Aber wir haben auch unsre Verbände. Süditalien ist fast ganz in der Gewalt der Regierung und bildet in der Kammer mit den Verbänden der übrigen Landesteile eine erdrückende Majorität für jede Regierung, welche es immer sei.

Wenn das Attentat gegen die Rechte der parlamentarischen Minorität gelingt, so ist es um das Repräsentativ-System in Italien geschehen. Das Parlament, künftighin ohne ernsthafte Opposition, da die wirkliche Opposition gebremst ist, wird nur noch die Verzierung einer heuchlerischen Thramme sein. Die drei gelehrenden Gewalten: der König, der vom König ernannte Senat und die Kammer, bestehend aus einer despotischen Majorität von Abgeordneten, welche die Regierung durch ihre Präzedenz und Wendungen hat wählen lassen, wird nur der dreifache Ausdruck eines einzigen despotischen Willens sein.

Die Tätigkeit der sozialistischen Partei mußte sich — das begehrt man — in letzter Zeit fast ausschließlich auf das politische Terrain beschränken, wo die Gefahr am drohendsten ist, und die ökonomische und organisatorische Tätigkeit trat in den Hintergrund. In den bevorstehenden Kämpfen werden unsre Blide sich oft auf unsre deutschen Genossen richten, deren Klugheit und Mut in dem Kampf gegen das Sozialistengesetz uns ein so schönes Beispiel gegeben hat. Euer Sieg, deutsche Brüder, wird für uns ein leuchtendes Vorbild sein. Wir werden Euch nachsehen. Nur hattet Ihr zwei Dinge vor uns voranz: das allgemeine Wahlrecht und ein Volk, das überall lesen und schreiben kann. Doch wir werden unsre Schuldigkeit thun.

Mit sozialistischem Gruß

Filippo Turati.

London, 27. April 1900.

Als Hunter Watts vor mehreren Jahren die Sozialdemokratische Föderation dazu bestimmte, die Organisation der Parade Demonstration im Hyde Park in die Hand zu nehmen, da — ich muß gestehen — bestürzte ich ein Biest. Es ist gewiß an sich eine vielversprechende Aufgabe, jedes Jahr eine Demonstration zu Gunsten einer gezielten Verfürzung der Arbeitszeit zu veranstalten. Aber ich kenne unsere englische Arbeiterklasse zu gut, ich mußte Zweifel hegen, ob sich eine genügende große Anzahl Arbeiter finden würde, die gewillt sei, einen Tagelohn für eine Sache zu opfern, die ihnen zunächst nur als eine bloße sentimentale Demonstration „in die Luft“ erscheinen mußte. Jedoch die Bewegung, die damit begann, daß etwa ein tausend Sozialisten den Marsch von der City, vorbei an den Klubs von Pall Mall und Piccadilly, nach dem Hyde Park machten, hat nach und nach die ganze Provinz ergriffen, so daß dieses Jahr nicht bloß eine große Heerschau im Crystal-Palast stattfinden wird, sondern in ganz England und Schottland wird die Arbeiterschaft dem Rufe der Sozialisten folgen.

Das ist die Müllkehr zu der Maitagezeit des Mittelalters, erfüllt von einer modernen Idee. Der erste Anlauf der englischen Arbeiter, sich der großen Arme des internationalen Proletariats anzuschließen und mit ihm die Güter, die sie erzeugen und denen man sie beraubt hat, zu fordern, bedeutet viel mehr bei uns schwer zu begeisternden Engländern, als auf dem Kontinent. Diese Idee, die der ganzen Maitage zu Grunde liegt, ist die sozialistische Idee; für sie zu demonstrieren, ist schon sehr viel. Die Trade-Unionisten, die liberal in der großen Majorität sind, wählen sich mit Vorliebe sozialistische Redner.

So hat die Befestigung des 1. Mai als Tag der Arbeit in England viel dazu beigetragen, unsre Bewegung zu kräftigen. Die Masse der Arbeiter lernt begreifen, daß sie nur durch internationale Koalition, indem sie sich zum Klassenkampf organisiert, mit Erfolg ihre ökonomische Emanzipation erreichen kann. Der 1. Mai wird ein weiterer Schritt auf diesem Wege nach vorwärts sein.

Wenn England das moralische Empfinden seiner besten Männer verliert, wenn es durch einen ungerechten und unklugen Krieg die ganze zivilisierte Welt gegen sich aufgebracht hat, so ist es außerordentlich wichtig, festzustellen, daß die organisierte arbeitende Klasse an dem falschen Patriotismus und an dem Räuber-Imperialismus, den die Kapitalistenklasse als hohe Staatsmannschaft feiert, keinen Anteil hat.

Wenn wir auf die früheren Maitage zurückblicken, so sehen wir klar, daß die Sozialdemokratie auf unsrer Insel langsam aber sicher Fortschritte macht. Es gibt keine andre Partei, der die große Masse des Volks sich mit Vertrauen anschließen könnte. Die Liberalen und Radikalen haben den Glauben an sich selbst verloren, sie sind unfähig zu führen und zugleich zu dünnhäutig und undisciplinirt, einer Leitung zu folgen.

Es bleibt nur die Sozialdemokratie in ihrer Verbrüderung mit dem Proletariat aller Länder, welches mit mehr Kraft, Ent-

schlossenheit und Begeisterung denn je vorwärts marschiert in England wie auf dem Kontinent, gefestigt durch die Gerechtigkeit seiner Sache und vertrauend auf den nahenden Sieg!

G. R. Hyndman.

Kopenhagen, April 1900.

Am 1. Mai versammeln sich die Arbeiter von ganz Dänemark zur Demonstration behufs Durchführung des achtstündigen Arbeitstags. In Kopenhagen und in den meisten Provinzialstädten werden Prozessionen durch die Straßen arrangiert, worauf Massenversammlungen unter freiem Himmel abgehalten werden. Diese Versammlungen werden des Abends in unsern Versammlungshäusern und andern größeren Lokalen fortgesetzt.

Die Demonstration ist eine Fortsetzung der auf dem Pariser Kongress 1889 beschlossenen großen Welt-Demonstration. Doch war die Forderung auf Einführung des Achtstündentags schon früher in Dänemark erhoben worden; unsre Partei hatte bereits im Jahre 1882 einen entsprechenden Antrag an den Reichstag gestellt.

Unsre erste große Demonstration 1890 hatte in wesentlichen denselben Charakter, wie die von unsren Brüdern im Auslande arrangierten Demonstrationen. Alle Spießbürger erwarteten, daß die Revolution jetzt losbrechen würde. Die Polizei erschien in voller Stärke auf unsern Demonstrationsspielen und das Militär war in den Kasernen konzentriert sowie mit scharfen Patronen versehen worden. Nach der Demonstration wurde eine Masse von Arbeitern mit Arbeitslosigkeit bestraft und die Kapitalistenpresse suchte auf jede Art unsre Forderung auf eine Verabfehlung der Arbeitszeit lächerlich zu machen.

Aber alles dieses war nur dazu angethan, unsre Partei zu kräftigen. Mit reißender Schnelligkeit hat sich der Sozialismus in Dänemark in den letzten zehn Jahren des Jahrhunderts entwickelt. Niemand denkt jetzt mehr daran, unsre Forderung des achtstündigen Arbeitstages lächerlich zu machen.

Bei den Wahlen 1890 gelang es uns, 5 Vertreter in den dänischen Reichstag zu senden. Vorher hatten wir nur zwei Vertreter. Aber seit 1890 ist unsre Stimmenzahl bei den politischen Wahlen weit über das Doppelte und die Zahl unsrer Vertreter im Reichstag auf 14 gestiegen. Außerdem haben wir in einem steigenden Maße Plätze in den kommunalen Vertretungen über das ganze Land hin erlangt und besetzen jetzt 355 kommunale Vertreterposten. Wir haben die Reaktion daran verhindert, sich sowohl in politischer wie in kommunaler Beziehung auszubreiten und wir haben unsern Stempel sowohl auf eine Reihe politischer wie kommunaler Fortschritte gesetzt. Der Minister des Innern hat unsre Gewerkschaften als legitime Vertretungen der Staatsarbeiter in ihrem Verhältnis zum Staate gegenüber anerkennen müssen.

Der Acht-Stundentag hat begonnen, hier in Dänemark zur vollendeten That sache zu werden. Er ist durchgeführt in den kommunalen Gasanstalten und für den großen Stad der kommunalen Geiger. Er ist weiter durchgeführt in den kooperativen Unternehmungen unsrer Partei, den Genossenschafts-Badereien. Seine Durchführung auch auf andren Gebieten ist jetzt nur noch eine Frage. Auf jeden Fall wird es nicht lange dauern, daß wir einen Schritt thun werden zur Verwirklichung unsrer prinzipiellen Forderung durch die allgemeine Durchführung und Anerkennung des neunstündigen Arbeitstages.

Unsre gewerkschaftlichen Organisationen haben einen außerordentlichen Aufschwung genommen. Im Jahr 1896 hatten wir in unsren Gewerkschaftsverbänden 42 000 Mitglieder, 1898 70 000 und jetzt 1900, gegenständig des eben abgehaltenen Gewerkschaftskongresses, zählen unsre Gewerkschaftsorganisationen 90 000 Mitgl. Vergleicht man den jetzt in Dänemark herrschenden Arbeitslohn mit dem 1879 üblichen, da der Sozialismus noch in seiner ersten Kindheit war, so kommt man zu dem Resultat, daß wir den Arbeitern eine Lohnerhöhung von jährlich 40 Millionen Kronen erlangt haben.

Es war diese starke Entwicklung unsrer Organisationen, welche die Kapitalisten durch ihre beispiellose Riesenausperrung 1899 wieder schlagern wollten. Ungefähr 50 000 Arbeiter wurden auf die Straße geworfen und sollten durch den Hunger aus ihren Organisationen und unter die Sklavenpeinliche gezwungen werden. 17 Wochen lang hielten wir diesen Riesenkonflikt aus, welcher zur Unterstüfung der Ausgesperrten eine Summe von 2 814 377 Kronen (ca. 3 152 100 M.) verforderte. Wir erlangen den Sieg, und unsre Organisationen gingen gefestigt aus dem Kampf hervor.

Unter der Ausperrung zeitigte die internationale Verbrüderung der Arbeiter eine ihrer schönsten Früchte. Von unsern Brüdern im Ausland erhielten wir die kolossale Summe von 678 117 Kronen (= 759 400 M.), davon aus Deutschland allein 235 750 Kr. (= 264 000 M.) So weit war das internationale Gefühl gewachsen, daß wir Unterstützung auch aus Amerika und Südafrika erhielten.

Die Mai-Demonstration hat mehr als irgend etwas andres dazu beigetragen, die internationale Solidarität der Arbeiter zu erwidern. Laßt uns wünschen und hoffen, daß dieses auch für die Zukunft der Fall sein mag, bis wir stark genug sind, das Kapitaloch abzuwerfen und auf dem Boden der Arbeit eine glückliche sozialistische Gesellschaft aufzubauen.

Hoch der Sozialismus! Hoch die internationale Solidarität der Arbeiter.

P. Knudsen.

Stockholm, 25. April 1900.

Von den Arbeitern Schwedens wird trotz der herben Verluste, von denen sie am der Jahrhundertwende betroffen wurden, der 1. Mai mit froher Zuversicht als Siegesfeier begangen werden. Das Festzeichen, das die Arbeiter am Maitag anlegen, wird mit den Portraits von Axel Danielson, des Begründers und geistigen Leiters der ganzen Bewegung Süd-Schwedens, und von Fredrik Ståhl, unsres praktischen Organizers gezeichnet sein, die beide in noch jungen Jahren plötzlich dahingerafft wurden.

Gewiß mächtig entfalteten sich schon vor zehn Jahren die Volksdemonstrationen bei uns, wo der 1. Mai nach uralter Volkssitte als Feiertag gilt. Zehntausende von Arbeitern hielten in allen Centren der Bewegung Umzüge durch die Straßen, der offen, etwas banales Feier einen neuen, frischen, zukunftsfrohen Inhalt gebend. Aber wenn auch die Massen schon die Feiertag mitmachten, wie schwach, wie gering an Zahl war damals die wirklich gefasste und organisierte schwedische Arbeiterpartei, verglichen mit heute!

In 1890 waren wir noch mit Ausnahmegeetzen bedroht, von der Gesellschaft und der führenden Presse als eine Horde von Unruhestiftern angesehen, deren Wildarbeit der Gesellschaft nur Schaden bringen könne. Jetzt stehen die in einer Landesorganisation zusammengeschlossenen sozialdemokratischen Fachvereine — bei uns, wo das allgemeine Wahlrecht noch fehlt, das natürliche Geirippe der Partei, etwa 60 000 Mann — als eine von allen Seiten anerkannte Macht da, deren Recht, die Sache der Arbeit in Schweden zu vertreten, von niemand mehr bestritten werden kann. Das Parlament hat sich für die Sozialdemokratie geöffnet — noch sehr wenig leider, aber es wird besser werden!

Unsre Presse hat mächtig an Einfluß und Festigkeit gewonnen. Wir haben Schläge, wie im Jahre 1899 die Angriffe auf unser Ver-

einbrecht, welche uns früher für lange Jahre vernichtet haben würden, ohne nennenswerten Schaden zurückgelassen.
Wir sind in diesen zehn Jahren zu einer wirklichen Arbeiterpartei herangewachsen. Noch fehlt uns viel, sehr viel, das wissen wir; aber wir wissen auch, daß wir auf dem richtigen Wege sind, daß wir das gewonnene Terrain niemals mehr verlieren werden und daß jeder neue 1. Mai neue Gewinne für die Sache der Arbeit, welche die der ganzen Menschheit ist, bringen wird.

Immer vorwärts ist unsere Losung!

Ojalmar Branting.

Genf, 26. April.

Der wirtschaftliche Aufschwung Rußlands in den letzten 10 Jahren ist mit solcher rapiden Schnelligkeit vor sich gegangen, wie es in ähnlicher Weise wohl nur noch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika geschah. Die Besucher der Pariser Weltausstellung werden sich im russischen Pavillon von der Entwicklung der russischen Industrie ein Bild machen können. Von der Lage derer, die all diese Produkte schaffen, erzählt natürlich der Beschauer nichts.
Nur, die Lage der russischen Arbeiter ist eine solche, daß sich der

westeuropäische Arbeiter, selbst der nicht allzusehr verwöhnte preussisch-deutsche, kaum eine rechte Vorstellung zu machen vermag. Unsere Arbeiter haben nicht das Recht, sich zu organisieren, zu verbinden, sie haben nicht das Recht, sich zu versammeln. Das Recht, zu denken, was sie wollen, existiert nicht für sie, noch weniger das, zu sagen, was sie denken, kurz, sie haben überhaupt keine Rechte. Was sie für den Sozialismus oder auch nur im Sinne moderner Arbeiterbewegung thun, müssen sie im Geheimen thun. Deshalb sieht man auch an der Oberfläche so wenig von dem, was im Geheimen geschieht.
Durch diesen Umstand können die Arbeiter des Westens sich wohl versucht fühlen, an der Existenz einer russischen Arbeiterbewegung zu zweifeln, sie für eine Fabel zu halten, sie könnten geneigt sein, zu glauben, daß der russische Arbeiter von den Ideen des „Umsturzes“ ebenso weit entfernt ist, wie etwa der chinesische oder der persische Arbeiter.

Doch nein! Tausendmal nein! Die russische Arbeiterbewegung ist so wenig eine Fabel, als gerade sie es ist, die der Regierung die meiste Sorge macht. Die Polizei Nicolais II., des „großen Friedensfürsten“, mag die Arbeiter mißhandeln, sie mit einem Reg von Spionen umgeben, sie mag die verdächtigen Elemente aus den großen Industriezentren ausweisen, es nützt ihr nichts. Die Läden, die durch jede Razzia in die Reihen der kämpfenden gerissen

werden, werden sofort wieder ausgefüllt durch neue Agitatoren; für jeden Eingesperrten, Verbannten oder Ausgewiesenen erheben neue Kräfte. Wir können aus voller Ueberezeugung sagen, daß trotz aller Verfolgungen unsere Bewegung mit jedem Tage wächst. Freilich sind auch unsere Verluste unzahlbar.
Der Tag des ersten Mai wird neue Erfolge bringen, auch neue Opfer kosten. In diesem Tage werden unsere Kameraden ihre Energie verdoppeln, um für die Sache des Proletariats zu wirken. Aber auch die Polizei verdoppelt ihre Schläge, der Reaktion zu dienen. Es ist dies traurig, aber unvermeidlich.
Euch, teuren Kampfesgenossen des Occidents, die ihr alle unter einer mehr oder weniger freiheitlichen Verfassung lebt, rufe ich zu:
Vergeht nicht eure russischen Brüder, die unter so schweren Verhältnissen kämpfen, die nicht bloß den Kapitalismus, sondern auch den Jazismus, das stärkste Bollwerk der europäischen Reaktion, zu ihrem Feind haben. Der Kämpfer, die trotz aller Schwierigkeiten und Opfer nicht eher ruhen, bis sie den Feind besiegt, ihrer wollen wir heute gedenken.

Hoch die Socialdemokratie!

Hoch der 1. Mai!

G. Plechanow.

Arbeiterschutz in Deutschland.

Der diesjährige Entwurf der deutschen Arbeiterschutzgesetze seit dem letzten Waiseseit daran prüfen will, wie weit sie sich unseren Arbeitsverhältnisse und dem, was damit zusammenhängt, genähert haben, der muß, wie am Eingang der Danteschen Hölle, alle Hoffnungen fahren lassen, daß ihm ein erfreuliches Zeichen aufstehe. Wer sich am Fortschritt, am langsamen, aber am stetigen und sicheren Fortschritt will, der muß sich zu den deutschen Gewerkschaften wenden und kann dort mit Genugthuung übersehen, welche Gewinne an Arbeitszeit, Lohn und sonstigen Verbesserungen die organisierten Proletarier auch in Preußen-Deutschland in dem Jahre seit dem 1. Mai 1890 dem Unternehmertum abrauben. Da war Bewegung, da war Leben, da wurde in freudiger Anstrengung, mit erhebenden Opfern und unwüthiger Kraft gerungen und gesiegt und eine Reihe neuer kultureller Vorteile für die Arbeiterklasse der Ausbeutung abgetrotzt. Selbst wo die Proletarier einmal unterlagen, war das Schauspiel ihres heldenmüthigen Kampfes für den Beobachter ein Trost, daß der gute Kern des Volkes doch noch keinen und seine Kräfte tragen werde. Leidenlahm und gichtisch knipelt daneben die offizielle Socialreform desselben Festabmitts daher! Ihr „christlich-socialer“ Charakter verdirbt ihr das Blut, sie geht keinen geraden, klaren Weg zur Höhe, sie hinkt und fällt gelegentlich über einen Schritt vorwärts zwei oder mehr zurück, wenn sie überhaupt geht und nicht müde stille steht. Der Unterschied zwischen einer frischen zukunftsreichen Kraft und dem abgelebten Alter!

Herriggebracht hat der deutsche Massenstaat im vergangenen Jahr an allgemeinen, großzügigen Arbeiterschutz-Gesetzen überhaupt nichts. Die Novelle zur Gewerbe-Ordnung hat noch keine Gesetzeskraft erlangt, und was war es für eine Novelle! Ihr Inhalt war der jämmerlichste und bunteste zugleich von allen fünf Arbeiterschutz-Novellen seit 1890. Ein lächerlich geringes Stück Schutz für die Konfektionsarbeiter (Wohnbücher, Arbeitszettel, unzureichende Beschränkung der Mißhabe von Arbeit nach Hause), das wie ein Stäubchen erscheint gegenüber der Riesensumme von Geld in diesem Beruf; ein bißchen Polizeireglement für die Arbeitsvermittler, und das bedeutendste am ganzen der erst vom Reichstag auf den Druck unserer Partei hin mit Mühe und Not hineingebrachte späte Reumuth-Landenschutz für die kaufmännischen Proletarier. Daß die Regierung offenbar eben dieses eigentlich einzig der Erwähnung werthen Landenschlusses halber mit ihrer Zustimmung zu den Reichstagsbeschlüssen zögert, gehört vollkommen in dies ererbende Bild hinein. Eigentlich löst sich also auch diese einzige Arbeiterschutzaktion allgemeinerer Natur in drei kleine Specialgesetze für besondere Berufe auf, und die Gesamtheit der deutschen Arbeiter ging leer aus. Und so ist die Regierung im verflochtenen Jahre überhaupt verfahren. Ein paar Pfälzerchen meist sehr zweifelhafter Natur auf die aller schlimmsten Schäden in ein paar gar zu arg durch ihre Mißstände auffallenden Berufe — das was das einfache und bequeme Rezept, nach dem man im ganzen und großen verfuhr. Auch die englische Arbeiterschutz-Gesetzgebung ist ja meist eine Specialgesetzgebung nach Berufen, und die Summe ihrer nicht unbedeutlichen Leistungen hat sich aus einer großen Zahl von Einzelmaßnahmen addiert. Aber dort konnte sich etwas summieren, weil im Einzelfall meist auch ordentlich eingegriffen wurde. Die neueste preussische Socialreform dagegen geht der englischen Form nach, ohne den Inhalt zu übernehmen. Deshalb darf ja auch der deutsche Romualdphister augenblicklich mit so ungeheurer Verachtung auf England herabsehen.

Das umfassendste der Specialgesetze, die auch als solche bezeichnet sind, ist aus dem letzten Jahre die erst vor kurzem beim Reichstag eingebrachte Seemanns-Ordnung. Die Genossen Mollenbaur und Schwarz haben die unendlichen Mängel dieses ebenfalls noch unerledigten Gesetzes im Reichstag aufgedeckt und dabei das Bewußtsein gehabt, sogar — Secofiziere und ihre Zustimmung hinter sich zu wissen. In der Kommission sind sie augenblicklich beschäftigt, eine Beschränkung der Arbeitszeit für die Schiffsarbeiter wenigstens im Hafen und andre Verbesserungen zu erkämpfen, wahrscheinlich mit geringem Erfolg. Dann hat der Bundesrat vier Arbeiterschutz-Verordnungen im letzten Jahre erlassen, die größtenteils erst in der Mitte desselben in Kraft traten: für Thomasschleifmühlen, für Getreidemühlen, für Zinkhütten und gegen Mißbrandvergiftung. Der einzige Satz der ersten Verordnung vom 25. April 1890, der eine wirkliche Besserung der früheren Verhältnisse brachte, war das Aufenthaltungsverbot für weibliche und jugendliche Arbeiter in den Mähdraumen. Alles übrige an dem „Schutz“, namentlich der Reihensundtag ist unzulänglich und ändert fast nichts an den vorhandenen Mißständen in den Thomasschleifmühlen. Gatten doch schon Jahre vorher sogar zahlreiche Gebirgsbetriebe als unbedingt nötig für diese mörderischen Betriebe bezeichnet. Die Verordnung für Getreidemühlen vom 26. April 1890 nimmt Wind- und gewisse Wassermühlen von vornherein von dem neu eingeführten Schutz aus. Und auch hier ist das Verbot der Nacharbeit für Jugendliche unter 16 Jahren die wertvollste Bestimmung; für Gehilfen wird nur eine achtstündige Ruhezeit eingeführt, also die 10stündige Ausbeutung gutgeheißen. In der Praxis haben die Unternehmer, auf den Wortlaut der Verordnung ruhend (für Personen, welche bei Bedienung der Mähgänge beschäftigt werden), auch noch alle Hilfspersonen von den „Wohltaten“ der Verordnung auszuscheiden gesucht. Die am 1. Juli 1890 in Kraft getretene Mißbrand-Verordnung, zu der unser nennenswerter bester Freund Dertel in der Reichstagsabstimmung vom 21. März 1890 noch so weiserlich auf Grund der Rünberger Erfahrungen Kritik übte, schlug zur Abwendung der Vergiftungsgefahr einen so unpraktischen Weg ein, daß die beteiligten Arbeiter unter Führung von Rünberg sofort anderweitige Schutzvorschlüsse machen mußten, die natürlich bis heute unberücksichtigt sind. Die Zinkhütten-Verordnung endlich vom 6. Februar 1890 bringt eigentliche Arbeiterschutzvorschriften wiederum nur für weibliche und jugendliche Arbeiter, denen sie gewisse ganz gefährliche Arbeiten verbietet; sonst nur allgemeine hygienische Selbstverständlichkeiten. Im Oktober 1890 ließ es, die Preussische Regierung habe beim Bundesrat den Antrag auf Erlass eines reichsgesetzlichen Verbots der Herstellung von Wessphor-Bandhölzern gestellt. Ein hervorragender Hygieniker hat auf dem Züricher Arbeiterschutz-Kongress die Thatsache, daß diese Fabrikation noch immer erlaubt wird, als eine Schmach für jedes Kulturland bezeichnet. Die Schweiz verstand den

Wind und erließ das Verbot auf den 1. April 1900. Das fromme Deutsche Reich christlicher Socialreform hat heute noch nicht auf den Antrag von Weinigen reagiert. Ebenso schlummern die Schutzvorschlüsse für das Gastwirthpersonal, welche die Reichskommission für Arbeiterstatistik unvollkommen genug dem Reichslanzler unterbreitete, heute noch in dessen Alfen. Das Nichtsthum ist Trumpf in der reichsdeutschen Socialpolitik geworden.

Die Landesgesetzgebung der geordneten 26 deutschen Bundesstaaten ist im Vergleich zur Reichsgesetzgebung im verflochtenen Jahre beinahe noch gründlicher thätig gewesen. Rahm doch wenigstens Preußen seinen Gewerbe-Inspektoren die hemmende Dampfkegel-Aufficht endlich ganz ab, eine Reform, die nach langen Kämpfen erreicht, ein Duzend bundesrätlicher Verordnungen von oben geschicktem Schläge aufhebt, und wurde doch endlich auch hier wie in Bayern, Hessen, Baden und Württemberg der Anfang mit weiblichen Aufsichtsbearbeitern gemacht, freilich meist mit solchen, die sich das Vertrauen ihrer Schutzbefohlenen noch sehr zu erwerben haben. Die Forderung der preussischen Bergarbeiter dagegen, Delegierte aus ihren eigenen Reihen als Aufsichtspersonen zu erhalten, wurde vom preussischen Bergwerksminister allen Unzulässigkeiten zum Trotz wieder nicht erfüllt. Dafür will Bayern seine Controlleure für Bauarbeiterschutz aus den Reihen der Arbeiter nehmen. Infolge der von der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands und von ihrer Fraktion im Reichstag unternommenen Einwirkung auf die Reichsministerien regten diese endlich auch die Landesbehörden und diese wieder die Ortsbehörden überhaupt zu etwas regerer Thätigkeit für den Bauarbeiterschutz an. Freilich ist es für den Kenner ein unzahlbares Schauspiel, dabei folgendes zu beobachten. Das Reich und die Bundesstaaten lehnen es ab, allgemeine Bauarbeiterschutz-Gesetze zu erlassen, weil die einschlägigen Maßnahmen „unter Berücksichtigung der örtlichen Bedürfnisse und in Anpassung an die nach Klima, Gebirgen usw. verschiedenen Verhältnisse in Stadt und Land“ getroffen werden sollen, wie es in einem Potsdamshy-Erlaß vom 30. Juni 1890 heißt. Die Bezirks- und Ortsbehörden sollen dies befragen. Und nun kommen diese Bezirks- und Ortsbehörden und schreiben ein paar stüchtige Arbeiterschutzbestimmungen über Boden und Aborte, Coalsfeuer und Fensterverglasung mit wenigen rühmlichen Ausnahmen so gründlich vom Ministerialerlaß und früheren Ortsverfügungen ab, daß bald von Gumbinnen bis Wachen und von Plessburg bis München dieselbe, wörtlich übereinstimmende städtische Schutzverordnung besteht. Deshalb ist das Reich nicht eingeschritten, und so herabstüchtigt die Bureaukratie des Massenstaats die „örtlichen Bedürfnisse und Gebrauche“! Die Formel hat sich nur überall bewährt zu einem andern Zweck: die Arbeiter mit ihren gründlicheren Forderungen abzuweisen und die Unternehmer zu schonen. Die im letzten Jahre in Kiel, Elmshorn, Hamburg, Barmen, Elberfeld, Mühlheim, Potsdam, Erfurt z. T. teils vorbereiteten, teils erlassenen lokalen Bauarbeiterschutzverordnungen liefern die Beläge für obige Komödie, wobei von den milden Gestirben, welche den Unternehmern in den meisten dieser Bureaukratenarbeiten väterlich angedroht werden, gar kein großes Aufsehen gemacht werden soll. Beinahe wie aus einer andern Welt mietet in dieser Umgegend die Bestimmung aus der im Juli 1890 für das Unterelb erlassenen Bauarbeiterschutz-Verordnung an, daß in den Neubauten „Einrichtungen zur Verwahrung der Kleider, zur Körperreinigung, zum Erwärmen von Speisen, sowie Tische und Stühle“ vorhanden sein sollen. Im Unterelb ist auch die in Hamburg und Dresden nachgeadmete Reinlichkeitsverordnung für Bäckerreien während des verflochtenen Jahres ergangen, jene Maßnahme, die dem Reichsschutz auf diesem Gebiet ein so vollständiges Armutzeugnis ausstieß.

Aber wenn wir noch hinzufügen, daß Bayern seine noch unerledigte Vergeltungs-Novelle bekam, aus der die höchsten Reichsräte die gelegliche Achtstundenschicht soeben herauszuschneiden, welche die Kammer hinständelnd hatte unter dem Druck der Argumente unserer Genossen, und wenn wir erwähnen, daß im laufenden Jahre die Arbeitszeit-Bestimmungen für Eisenbahner von sämtlichen deutschen Staatsbahn-Verwaltungen insolge des früheren Unzulässigkeits nach bewährten debattierten — preussischen Muster auf dem Verwaltungsweg „revidiert“ wurden, so haben wir auch schon dieses Gebiet landesgesetzlichen deutschen Arbeiterschutzes für das Jahr seit dem letzten Mai wieder erschöpft. Man braucht keinen ermüdenden Spaziergang zu machen, um die paar Stationen, auf denen sich auch diese Entwicklung bewegte, zurückzulegen!

Wird ein Kapitel, das wir uns zum Schluß aufhoben, weil es die socialpolitische Anfruchtbarkeit des deutschen Massenstaats so recht im Licht unserer Anforderungen vom 1. Mai zeigt. Unser Frühlingsspekt will mit dem Mann und Weib und Kind, die ganze Proletarierfamilie, an Verstand und Gemüth lassen und dasjenige, was die kapitalistische Ausbeutung so oft grausam trennt, wenigstens mit der Blumenguirlande des 1. Mai zu unsager, hoffnungsfreudiger Gemeinschaft verbinden. Und so leistet der internationale Arbeitertag ideal an einem Tage mehr, als im ganzen letzten Jahre unsere Gesetzgebung materiell für das erbarmungswürdigste Geschöpf geleistet hat: für den Schatz des angebotenen Kindes. Die Kinder-Schutzbestimmungen der Gewerbe-Ordnung von 1891 für Fabriken sind so unzulänglich geblieben, wie sie waren. In Bayern dürfen wegen der kürzeren Schulzeit noch wie vor 18 bis 14jährige Kinder selbst in Fabriken angestellt werden. In Württemberg und in der Hausindustrie besteht noch gar kein Arbeiterschutz. Die Reichsquote von 1893 aber die gewerkschaftlichen Nebenbeschäftigung von Schülkindern ist bis heute nicht veröffentlicht, geschweige denn zu Gesetzesvorschlüssen verdrückt. In der Reichstags-Sitzung vom 17. Juni 1899 mußte es erst unser Genosse Singer durch sein Eingreifen verhindern, daß eine mit 650 Unterschriften meist bürgerlicher Herkunft besetzte Petition für Kinderschutz-Gesetzgebung nicht durch Uebergang zur Tagesordnung, sondern durch Ueberweisung an den Reichslanzler wenigstens als Material „erledigt“ wurde. Inzwischen verjüngten sich fast wie beim Bauarbeiterschutz einige Ortsbehörden wenigstens an lokalen Verordnungen. Das Geld, welches man bei der Enquete von 1898 kennen gelernt hatte, war wohl so groß gewesen, daß es selbst unsre Städtebureaukraten nicht mehr ganz still mit ansehen wollten, und einige preussische Präsidialerlasse hielten nach. Und dennoch: unter welchen Schwierigkeiten erst mußte die so unzulängliche Berliner Schutzverordnung im Lauf langer Monate des vorigen

Jahres geboren werden, wie zaghaft begrenzte man da das schutzbedürftige Alter auf neun (Nannsee), dort auf zwölf Jahre (Hammer), und wie sorgsam schon man stellenweise den industriellen Profit, indem man lediglich die Beschäftigung von Kindern in Wirtschaften und zum Warenaustragen verbot! Und selbst so beschränkte Schutzbestimmungen haben die bekannten Gerichtsurteile von Jena (für Gera) und Hamburg noch außer Kraft setzen helfen durch juristische Form- und Selbstständigkeitsbedenken! Ganz zu geschweigen davon, daß sogar die Enquete von 1898 an der agrarischen Kinderausbeutung blind vorüberging, und daß es deshalb nicht zu verwundern war, wenn im vorigen Jahre die Verfassung des weimariischen Kultusministeriums bekannt wurde, nach der es in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober während die Ferien gestattet sein soll, Schülkindern der drei letzten Schuljahre zu gemeinschaftlichen Feldarbeiten bis zu täglich 10 Stunden zu verwenden. Heute, wo wir im Staatsgewaltigen von Weimar den socialistischen-tödlichen Großagrarier Hans Lunge von Bumb kennen, ist und der innere politische Zusammenhang dieser einen kleinstaatlichen Maßregel mit unsern imperpolitischen Zuständen überhaupt und ihre symptomatische Bedeutung für dieselben klarer als je. So muß es in Arbeiterschutz auch für die bemitleidenswertesten, ärmsten und hilflosesten Berufe, auch für die Kinder, unsehbar kommen im Schaute mit dem Agrarier als „geistiger“ Führung und Justizhausgehehen als „politischen“ Ausherrungen dieser Führung! Das führt bis nach Süddeutschland ab. Dem alles, was die auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes sonst doch erheblich weiter vorgeschrittenen süddeutschen Staaten auch hier aufzuweisen haben, ist ein Beschluß der württembergischen Kammer vom Juni 1899, der die Regierung ersucht, Maßregeln gegen die Schülkinder-Ausbeutung zu ergreifen. Inzwischen blüht in Schwaben und Bayern das tiroler Güterüberweien so munter weiter, wie an der russischen Grenze und in Oelbien der Güterungewinn unter den Augen der preussischen Behörden.

Die Frucht an Arbeiterschutz, die wir in Deutschland aus dem letzten Waisjahr in das neue auf dem Staatschiff mit hinüber nehmen, ist also so erbärmlich leicht, daß schon deshalb die Zielscheibe als socialpolitische Maßregel gar nicht in Betracht kommt. Der Geist unsrer Waisfeier wird und muß es bessern! Arbeiterschutz kann nur wirklich gedeihen aus der Volksfreiheit heraus, für die wir am 1. Mai wieder mit ganzem Herzen und mit ganzem Gemüth demonstrieren. Und wenn wir so in Deutschland für den Arbeiterschutz arbeiten müssen, indem wir erst die Vorbereitungen dafür zu schaffen haben, so mag dies andererseits eine Würdigung dafür sein, daß die derzeitige wirkliche Schutzgesetzgebung desto gründlicher und umfassender wird!

Arbeiterschutz im Ausland.

Zehn Waisfeiern zählen wir, seitdem das Proletariat auf dem internationalen Kongresse zu Paris seine Arbeiterschutzforderungen formuliert hat. Man beschränkte sich damals auf das, was im Rahmen der heutigen Wirtschaftsordnung zu erreichen wäre, ohne freilich damit etwas von den letzten Forderungen der Arbeiterklasse aufzugeben.

Zehn Jahre, eine lange Zeit im menschlichen Leben, vor allem in dem so kurz bemessenen des Proletariats! Wie viel Sehnen, wie viel Streben, wie viele Kämpfe, Opfer, Entbehren, aber auch Hoffnungen jedes Arbeiters in einem Decennium! Hoffnungen und Enttäuschungen! Die Beschlüsse des organisierten Proletariats auf dem Weltkongresse zu Paris steigerten die Begeisterung der Proletariermassen, wovon die Waisfeier alljährlich Zeugnis ablegt, sie erweckten aber auch die Erwartung, daß das gemeinsame Wirken für die Forderung des Achtstundentags und für größeren Schutz aller Arbeiterkategorien gegen die industrielle Ausbeutung bald das schwere Joch, das auf dem Proletariat ruht, etwas erleichtern werde.

Als mit Verachtung auf die Beschlüsse unsres Weltparlaments die Vertreter aller Industriestaaten zur internationalen Arbeiterschutz-Konferenz zusammenberufen wurden, als damit der so oft verspottete Gedanke der internationalen Arbeiterschutz-Gesetzgebung, der vor allem von der organisierten Arbeiterklasse in Wort und Schrift in Parlamenten und Gewerkschaften vertreten wurde, amtlich anerkannt wurde, steigerten sich die Anforderungen an die Gesetzgebung zu Gunsten der Arbeiter. Wieder war eine von der herrschenden Klasse als utopisch vertretene Forderung von den Regierungen formell anerkannt worden. Ein moralischer Erfolg ungewiss, aber doch ein solcher. Die Konferenz trat zusammen, zahlreiche Reden, die den Rednern selbst wohlgefallen haben mögen, wurden gehalten, aber das Ergebnis war eine diplomatische Niederlage Deutschlands; kein positiver Fortschritt der Arbeiterschutz-Gesetzgebung läßt sich an die erste internationale Arbeiterschutz-Konferenz. Den großen Worten folgten keine Thaten; aber der ständigen Agitation der Arbeitermassen, den Forderungen der Arbeitervertreter in den Parlamenten konnten die Regierungen sich nicht entziehen, diese Anregungen zeigten sich wirkungsvoller als die Thätigkeit der Diplomaten auf diesem unbedeutenden Gebiete, sie waren erster, denn hinter ihnen standen die sich immer besser organisierenden Arbeitermassen und nicht bloß Wünsche einzelner Personen. So sind die Fortschritte der Arbeiterschutz-Gesetzgebung in den letzten zehn Jahren nicht auf die diesem Zweige der Socialpolitik einige Augenblicke geschenkte Protection, sondern dem klaren und energischen Willen der organisierten Arbeitermassen zu danken.

Die Fortschritte der gewerkschaftlichen Organisation seit dem letzten Pariser Kongresse sind in den meisten Ländern sehr bedeutungsvoll für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse geworden. Erhebliche Arbeitszeit-Veränderungen wurden im Lohnkampf durchgeführt, so haben die britischen Textilarbeiter den Reihensundtag errungen. Die noch in aller Erinnerung stehende Reihensundtagbewegung wird die gezielte Einführung des Reihensundtags für den österreichischen Bergbau bald zur Folge haben, da sich Regierung und bürgerliche Parteien hierzu in feierlicher Weise verpflichtet haben und unsre österreichischen Parteigenossen das Gelingen an gemachte Versprechungen ausgezeichnet verstehen. Im letzten Decennium kam die vor dem Pariser Kongresse in Kraft getretene Arbeiterschutz-Gesetzgebung Oesterreichs zur Durchführung, auf neue Zweige der Handarbeit, so auf die großen Stadtbauarbeiten in Wien, wurden die Arbeiterschutz-Gesetze ausgedehnt, die Sonntagsruhe wurde verbessert z. Eine große Reihe von Anregungen zum Ausbau des Arbeiterschutzes liegen vor allem in Form von Initiativ-

mit graufigen Folgen hat sich am Sonntag auf der Pariser Weltausstellung ereignet.

Vom Marsfeld führte über die Avenue de Suffren hinweg eine hölzerne, mit Gips bekleidete Fußgängerbrücke zum Himmelsstempel-Panorama...

Die Brücke war mit Cement gedeckt; die Schwere dieser Cementlast hatte die Katastrophe verursacht. Die Feuerwehre aus der nahen Crocoderstation war sehr schnell zur Stelle.

Gestern um 2 Uhr früh hatte man die Gewißheit, daß sich unter den Trümmern der eingestürzten Fußgängerbrücke keine Opfer mehr befinden.

Eine amtliche Mitteilung besagt: Die Fußgängerbrücke, welche gestern in der Ausstellung eingestürzt ist, befand sich außerhalb des Gebiets der Ausstellung...

Briefkasten der Redaktion.

H. B. Vlettenberg. Ihr Bericht ist nicht gedruckt worden, weil bei dem herrschenden Stillschanden nicht jede Mitteilung dieser Art im redaktionellen Teil Aufnahme finden kann.

Wenzel. Der erste und höchste Preis freisinnig vertreten: Langensand und Juhl.

G. D. 1900. Da die Betreffende nun unterhalb der drei von ihr nicht gekennnten Kinder nicht verpflichtet ist, hat sie gut, unter Vorlegung des Todenscheins...

A. D. Ja. - Pictis. 1. Falls nicht anders vereinbart ist: 6 Wochen zum ersten des Quartals, 2. Bis zum 1. Juli. 3. Das Gewerbegericht ist zuständig.

M. W. Wegen des Verschweigens kann der Ehemann innerhalb 6 Wochen nach Kenntnis auf Richtigkeit der Ehe klagen.

M. B. 80. Ihre Ansicht traf bis zum 1. Januar 00 zu, seitdem nicht mehr. Seit dem 1. Januar 00 beträgt die Wartezeit für Altersrenten 1200 Beitragswochen.

A. B. 777. Auf die Uhr haben Sie keinen Anspruch, der frühere Eigentümer kann sie nicht mehr zurückfordern.

M. B. 74. Nicht. - G. G. 59. 1. Die Stempelgebühr beträgt 50 Pfennig, mehr haben Sie nicht zu zahlen.

Amerikanisches Schulwesen. In den amerikanischen Gemein-schulen (common schools) waren nach einer Mitteilung der „Sta-tistischen Correspondenz“ im Jahre 1870/71 7 841 882 Schüler...

Raume der Unternehmer rückhaltlos aus. Wie kann man es anders von der Interessentenvertretung des mobilen Kapitals verlangen.

Die Ausperrung ist den Werkstättenarbeitern der Großen Berliner Straßenbahn und den Arbeitern der Firma Siemens u. Halske angedroht...

Deutsches Reich.

In Göttingen fordern die Schmiehe 16 M. Minimallohn und Abschaffung des Stoffs und Logiswessens.

Streikvergehen. Vor dem Wridauer Schöffengericht wurde der Bergmann Stetzel zu einer Geldstrafe von 21 M. verurteilt...

Die Lederarbeiter in Usterfen streiken in zwei Fabriken, welche die Einführung des Rehnstundentags und die Erhöhung der Accordssäge um 15 Proz. ablehnten.

In Lübeck auf der Kochschen Werft sind die Maschinenarbeiter ausgeperrt.

Der Tuttlinger Schuhmacherstreik. Ergänzend zu unfrem in der vorigen Nummer gebrachten Telegramm wird noch berichtet: Die Einigungsverhandlungen, die von beiden Seiten vor dem dortigen Gewerbegericht gepflogen wurden...

Ausland.

Aus Frankreich. (Eig. Bericht.) Die Anwendung der Arbeiterreform Millierands hat eine Reihe von Streiks zur Folge gehabt...

In den Grohswägereien von Vologne für Seine und Bilancouri (bei Paris) hat der Zustand der Arbeiter und Arbeiterinnen nach wenigen Tagen mit einem vorteilhaften Ausgleich geendet.

In den Baumwollspinnereien von Lille, Tourcoing und Roubaix dauert der gleiche Lohnkampf seit einer Woche fort.

Der Spinnerstreik dehnt sich noch immer aus. In Lille streiken die Arbeiter gegenwärtig in 17 Betrieben...

Sociales.

Kohlenwucher. In Dresden sind diese Tage etwa 200 Vertreter der Großindustrie des Handelskommerzes zusammen gewesen, um über Maßregeln gegen den Kohlenwucher zu beraten...

Durch diese Darstellungen aus gewiß unverdächtigem Munde wird erst die ganze Brutalität ins rechte Licht gesetzt...

Das konstatieren Unternehmer von den böhmischen Grubenbaronen. Ist es bei den sächsischen anders? Ist es nicht vielmehr allgemein so bei allen Unternehmern und bei allen Arbeitern?

Amerikanisches Schulwesen. In den amerikanischen Gemein-schulen (common schools) waren nach einer Mitteilung der „Sta-tistischen Correspondenz“ im Jahre 1870/71 7 841 882 Schüler...

Die Ausnahme der Streik Klausel in der Bundesverfassung nennt die „National-Zeitung“ einen Erfolg, der vermutlich die Erwartungen der Gewerkschaften übererfüllt hat.

Partei-Nachrichten.

Vor einem Schwindler, der auf die Mißthätigkeit der Parteigenossen reißt, warnt der Vertrauensmann in Kienstadt in Th. Der Betreffende giebt in der Regel an, ein aus Gottha gedrückter Schrift-seher zu sein...

Totenliste der Partei. In Färth starb nach längerer Krankheit der Parteigenosse Moriz Kargau im Alter von 76 Jahren.

Politikliches, Gerichtliches usw.

Die hamburgische Polizei verbot eine Versammlung, weil in derselben politisch gesprochen werden sollte und dadurch die gesetzlich vorgeschriebene Überwachung unmöglich gemacht werde.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Ausnahme der Streik Klausel in der Bundesverfassung nennt die „National-Zeitung“ einen Erfolg, der vermutlich die Erwartungen der Gewerkschaften übererfüllt hat.

Warenhaus A. WERTHEIM

Berlin, Leipzigerstr. 132/133.

Rosenthalerstr. 27/29 und 54.

Oranienstr. 53/54.

Kostüme.

Jackett-Kostüme , mode, Jackett gefüttert, mit Verschnürung	19,— Mk.
Covert-coat-Kostüme , zweireihig geschlossen	19,75 Mk.
Kostüme mit kurzen Jäckchen aus Homespun, mit weisser Stepperei	28,75 Mk.
Panama-Kostüme , Rock und Jacke gefüttert, blau und schwarz	33,— Mk.
Cheviot-Kostüme mit Stepperei, Atlas-Einsatz in Säumchen gesteppt	31,— Mk.
Etamine-Kostüme , Einsatz aus gemustert. Seidenstoff, mit Revers und Tressengarnitur	41,50 Mk.
Alpacca-Kostüme mit Revers und crème Tresse-Garnitur	27,— Mk.
Alpacca-Kostümröcke , gemustert, gefüttert 7,75 , mit Watteaufalte, dunkelblau u. schwarz, gefüttert 13,50 Mk.	

Capes und Jacketts.

Kammgarn-Jacketts , schwarz Revers mit Seidenstickerel	10,— Mk.
Tuch-Jacketts mit verdeckter Leiste, schwarz, weiss gesteppt	14,— Mk.
Tuch-Jacketts , mode, zweireihig, mit Sammetkragen	13,50 Mk.
Tüllkragen mit Spitzen-Volant und Tressenverschnürung	9,75 u. 14,— Mk.
Tüllkragen mit Tuchapplikation mit Perlverzierung	19,75 Mk.
Taylor made-Capes schwarz mit Applikation	21,— Mk.
Karierte Staubmäntel	4,35 u. 9,50 Mk.

Blusenhemden.

Gemustert. Perkal , glatt mit 3 Falten 2,10 , mit Stickerel und Rüschen 3,— , mit 4 Rüschen 3,75 Mk.
Einfarb. Batist mit gepaspelt. Falten 3,50 Mk., mit Rüschen 5,25 Mk.
Zephyr , gestreift und kariert 3,— u. 5,25 Mk.
Kariertes Wollstoff mit Säumchen u. Blende 4,25 , gefüttert, mit Falten 5,75 Mk.
Alpacca mit Falten, gemustert 6,— , einfarbig 6,75 Mk.
Reinseid. Taffet , Vorderteil mit Säumchen und Blende, schwarz 13,25 , farbig 15,25 Mk.
Reinseidener Pongé , Vorderteil mit Säumchen, gefüttert 7,50 Mk.

Alpacca-Jupons , Volant mit Soutache 2,65 , mit Säumchen 4,— Mk.
Alpacca-Jupons mit Säumchen und Tollfalte 6,— , mit Einsatz u. plissierten Volants 7,— Mk.
Leinen-Jupons mit Volant, garniert 1,65 , mit Einsatz und Spitze 3,75 Mk.
Kinderkleider , gemustert. Madapolam, hell u. dunkel, Kragen mit Plissé
passend f. d. Alter von ca. 1-2 3 4 5 6-7 8 9 10-11 12-13 Jahren
2,25 2,50 2,75 3,— 3,25 3,75 4,25 4,75 5,25 Mk.

Kommunales.

Der Wahlausschuss der Stadtverordneten hat in seiner gestrigen Sitzung nach Vernehmung der Zeugen einstimmig beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung vorzuschlagen, die Wahl...

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Kummelsburg-Stralau. Die Weisheit der hiesigen Genossen findet Dienstag, den 1. Mai, von nachmittags 4 Uhr an in der Victoria-Bräuerei zu Stralau statt.

Grünau. Die Parteigenossen werden ersucht, sich heute sowohl an der Vormittags in Adlershof bei Schmauser stattfindenden Versammlung...

Oberschönewitz. Bei der heute abend 7 Uhr im Lokal von Hoyerland stattfindenden Weisheit referiert Genosse Platon über die Bedeutung des Tages.

Röppick. Die öffentliche Versammlung am 1. Mai findet für alle Branchen am Dienstagvormittag um 9 Uhr im „Kaiserhof“, Grünstraße, statt.

Baumshulenkweg. Die Weisheit wird im Lokal des Herrn Adernann abgehalten und besteht aus einer Festversammlung, in welcher abends 7 1/2 Uhr der Parteigenosse Viktor Paul Göhre über die Bedeutung der Arbeiter-Weisheit referieren wird.

Den Genossen von Friedrichsfelde und Umgegend nochmals zur Nachricht, daß die Weisheit am Donnerstag 11 1/2 Uhr bei Bube stattfindet.

Lokales.

Ein siebzigjähriger Parteigenosse.

Der Vertrauensmann im sechsten Wahlkreis teilt uns mit einer der wenigen im Proletariat, denen es vergönnt ist, das „biblische Alter“ zu erreichen, ist der jetzige Glarrenfabrikant Genosse Joseph Husam...

Ein Rückgang im Droschkenbestande ist im abgelaufenen ersten Vierteljahre zu verzeichnen. Während am 31. Dezember 1899 noch vorhanden waren 8427 Droschken I. Klasse...

Eine Deputation der Warenhausangestellten wurde am Sonntagvormittag vom Finanzminister empfangen, um ihm ihre Einwendungen gegen die Warenhaussteuer vorzulegen.

Interesse gewesen, durch die Deputation über die Lage der Angestellten in den Warenhäusern Näheres zu erfahren.

Der in der letzten Nummer des „Vorwärts“ erwähnte Hauptmann Kannenberg, der sich in Untersuchungshaft hier in Berlin befindet, ist der eine der beiden Kolonialoffiziere...

Der zweite der Kolonialoffiziere, die hier in Untersuchungshaft befinden, ist der Hauptmann Wegener, der in Westafrika stationiert war.

Organisation und Arbeiterschaft. Unser Artikel vom Sonntag enthält in einem Punkte fehlerhafte Angaben. Soweit der vierte Wahlkreis in Betracht kommt, ist das angegebene Zahlenverhältnis nämlich unrichtig.

Der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter für den Stadtkreis Berlin ist vom Polizeipräsidenten von Berlin in Abänderung seiner Bekanntmachung vom 22. März 1888...

Dem Rade eine Gasse. Der Stadtverordnete Hugo Sachs hatte bei der städtischen Parlamentsdeputation den Antrag gestellt, den Weg seitlich der Ringbahn im Treptower Park...

„Reite Ausfahrten“ für die Verkehrsverhältnisse in den Pfingstfeiertagen bot der gestrige Sonntag, an welchem die mangelhaften Zustände im Eisenbahn- und Straßenbahnverkehr wieder voll zur Geltung kamen.

Sabbatschändung. In der Legung der Kabeln, welche am 8. Mai zur Illumination des sog. Nationaldenkmals vor dem Schloß dienen sollen, wurde Sonntag den ganzen Tag gearbeitet.

Folgende Todesanzeige ist in diesen Tagen veröffentlicht worden: Infolge einer am 28. März er. stattgehabten Ermittlung befand sich eine in der Rosenstr. 7 wohnhaft gewesene Familie...

Wie uns weiter mitgeteilt wird, war die Ermittlung vom Gewalter des fraglichen Hauses, Herrn Professor Dr. Hermann, wegen rückständiger 8 Mark Miete pränumerando pro 1. März veranlaßt worden.

Einen Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahn- und einem Sprengwagen gab es gestern, Montagvormittag um 4 Uhr, in der Berlinerstraße zu Charlottenburg.

Zur Medienwaldischen Mordsache wird gemeldet: Am Sonntag haben sich bei der Kriminalpolizei zwei junge Leute gemeldet, die einen Verdacht nach einer anderen Richtung lenken.

Der am Sonntagabend aus der Haft entlassene Georg Gluth wurde gestern morgen nochmals vernommen. Die Akten wurden von der Staatsanwaltschaft der Kriminalpolizei wieder zugestellt.

Feuerbericht. Am Sonntag hatte die Wehr ein Duzend Alarmierungen zu verzeichnen, von denen vier auf Wohnungsbrände zurückzuführen waren.

Alle 24. Fußboden und Balkenlage hatten Memelerstraße 47 und Stallgreiberstraße 24 Feuer gefangen.

Aus den Nachbarorten.

Die Einweihung des Grabdenkmals für Moritz v. Egidy fand Sonntagvormittag 3 Uhr auf dem alten Kirchhof in Potsdam unter zahlreicher Beteiligung von Fremden und Anhängern des Verstorbenen statt.

Vorsigwalde. Obgleich sich die Kolonie der Gemeinde Zegel gegenüber zu großen Opfern entschlossen hatte, für den Fall, daß die Straßen an der dortigen Kanalisation angeschlossen würden...

Reinickendorf. Das Gewerbegericht, das zum 1. Mai hier errichtet werden sollte, wird noch für einige Zeit ein strommer Wunsch bleiben, da der Bezirksauschuss dem erforderlichen Ortsstatut die Zustimmung verweigert hat.

Der zweite Sammelbrunnen auf der Märkstation, zu welchem nur die Fundamentierungsarbeiten in Aussicht genommen waren, muß nach dem Gutachten der Sachverständigen schon jetzt vollständig fertig gestellt werden.

Ein Drama aus der Kaserne. Aus Werder wird berichtet: Am Sonntagabend wurde hier der Rüstler Schneider vom Infanterie-Regiment Nr. 88, der am 11. März d. J. aus seiner Garnison desertiert ist, beerdigt.

In Köpenick sind drei Diebe, der Wälder Friedrich Degmeier, der Arbeiter Johann Figner und der Schläger Friedrich Rupp aus Berlin verhaftet worden.

Ein Kohrpostamt erhält demnächst auch der südliche Teil von Charlottenburg. Das Reichspostamt hat die Errichtung schon genehmigt und die Mittel in den Etat eingestellt.

Gerihts-Beitrag.

Die Reklame und das preussische Preßgesetz. Gegen die §§ 9 und 10 des alten preussischen Preßgesetzes, welche noch rechtswirksam sind, sollten sich drei Leute in Hannover dadurch vergangen haben, daß sie ohne polizeiliche Erlaubnis Reklameflaten in den Straßen stumm umhertrugen.

Das stille Umhertragen von Reklameflaten lasse sich ohne Zwang nicht unter den § 10 bringen. Wenn man auch unter „anheften“ jede Befestigung verleihe, so liege es doch vorans, daß der angeheftete Gegenstand mit dem Träger in mechanische Verbindung komme.

Die kleine Iox-Heinz in der Gewerbe-Ordnung. Der Naturheilkundige Lothar Volkmar, der zugleich Rechtsanwalt ist, hat wiederholt eine Proklama des Dr. med. Loix drucken lassen, die im Sinne der von ihm vertretenen Anschauungen den ehehellen Verkehr während der Schwangerschaft aus gesundheitlichen und sittlichen Gründen bekämpft und ihn nur zum Zweck der Konzeption für statthaft erklärt.

Begründung des Urteils ist hervorzuheben: Die Anwendung des § 56 der Gewerbe-Ordnung setzt nicht voraus, daß es sich um direkt unzüchtige Schriften im Sinne des § 184 des Reichs-Strafgesetzbuchs handelt. § 56 sucht vielmehr weitergehend zu verhindern, daß durch den Strafhandel eine Schädigung des öffentlichen Gewissens herbeigeführt werde. Man müsse ja zugeben und es ist, daß die Schrift des Dr. Koch nicht die Absicht verfolgte, einer Loderung der Sittlichkeit Vorhieb zu leisten, sondern daß sie eine erste wissenschaftliche Heberzeugung zum Ausdruck zu bringen beabsichtigt sei. Zudem sei die Entwicklung des Grundgedankens sei geeignet, schwere Kränkungen zu bereiten, die in fälschlicher Beziehung auf den Boden der heutigen Gesellschaft stehen. Es sei gar nicht ausgeschlossen, daß einmal ein anderer Zustand herbeigeführt werde, heute aber erscheine vielen noch als trübe Pflanzung, was in dem Buch verworren werde. Auch sei die Verpflanzung der Agitation auf die Straße zu vermeiden. Wenn auch im abweichendem Sinne, so werde doch in der Schrift von geschlechtlichen Dingen so gesprochen, daß eine Einwirkung auf die Phantasie namentlich jugendlicher Personen leicht möglich sei. Von ihrer Zustimmung zum Handel im Unberzichten könne darum nicht die Rede sein. Rechtsanwält Volkmann legte Revision ein. In der Verhandlung vor dem 3. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts machte er geltend, daß die Schrift geradezu eine fälschliche Tendenz habe und im Interesse der Volksgesundheit verfaßt sei. Der Senat verwarf die Revision als unbegründet, weil weder wesentliche Vorwürfe des Verfahrens, noch andere gesetzliche Vorschriften verletzt wären. Der Vorsitzende betonte, daß das Gericht als Revisionsinstanz sich auf eine weitergehende Beurteilung nicht habe einzulassen können. Bemerkten wolle er noch, daß es nicht auf die Person ankomme, die den Handel betreibt.

Die Frage der Sicherheit des Publikums auf dem Bahnhof Angermünde wurde durch eine Anklage wegen Beleidigung verurteilt, die gegen den Redacteur Joh. Müller und den Schriftsteller J. Franke vor die dritte Strafkammer des Landgerichts I führte. Im August vorigen Jahres ereignete sich auf dem Bahnhof Angermünde ein bedauerlicher Unfall. Dasselbe waren von einem einfahrenden Güterzuge zehn Wagen abgehängt worden und das Rangierpersonal beschäftigte sich damit, 28 andre Wagen aneinander zu rangieren. Obgleich jene 10 Wagen auf dem Geleis stehen geblieben waren, gab der diensttunende Stationsbeamte doch einem andern herannahenden Zuge das Einfahrtsignal und letzterer fuhr auf die zehn Wagen auf. Auf dem Bahnhofe in Angermünde besteht die Einrichtung, daß von einer dazu bestimmten Lade dem Stationsbeamten angezeigt wird, wenn das Geleis frei ist. Für den Unfall wurde der Weichensteller Weise verantwortlich gemacht und auch zu 20 M. Geldstrafe verurteilt, weil das Gericht zu Brenzlau der Ansicht war, daß das Unglück nicht geschehen wäre, wenn Weise — der nach ausgedehntem Dienst Hunger und Durst verspürte — nicht vorübergehend in seine Lade gegangen wäre. Weise wurde in Brenzlau durch den Schriftsteller Franke, als Syndikus des Vereins der Lokomotivführer, verteidigt und dieser veröffentlicht über die Verhandlung in der vom Angeklagten Müller redigierten „Deutschen Eisenbahnzeitung, Zeitung für die Lokomotivführer“ einen Bericht, durch welchen sich der Regierungs- und Baurat Bassel beleidigt sah. Der Gerichtshof nahm zwar an, daß die Darstellung, welche die Angeklagten von der Verhandlung gegeben hatten, sich nicht genau mit dem tatsächlichen Vorgang deckten und daß deshalb eine Beleidigung nach § 186 St.-G.-B. vorliege. Doch wurde den Angeklagten der Schutz des § 193 des Straf-Gesetzbuchs zugesprochen und auf Freisprechung erkannt.

Ein Nachspiel zum Sternberg-Prozess. Die Anklage gegen Auguste, genannt Käte Bender, die im Sternberg-Prozess bald nach ihrer Ankunft aus Amerika am Gerichtsstelle verhaftet wurde, ist jetzt erhoben worden. Sie ist erfolgt wegen Beihilfe zu demselben Sittlichkeitsverbrechen, demwegen Sternberg bereits verurteilt worden ist. Die Klasse Käte Bender ist die einzige von den im Sternberg-Prozess der Begünstigung beschuldigten Persönlichkeiten, die sich noch in Haft befindet. Die Freundin der Käte Bender, die Klasse Fischer, nach der das Verfahren ursprünglich benannt war, weilt in Amerika; der gegen sie erlassene Steckbrief bleibt nach wie vor in Kraft.

Vermischtes.

Ein geheimnisvolles Verbrechen wird aus Lindeburg berichtet. Kürzlich fand man unweit der Schartebeder Chaussee auf einer Gasse ein Eisenbahngeländes den abgefahrenen Kopf eines Menschen, sodann nicht weit davon den übrigen Körper. Nichts von der Kopfstelle fand man ein Damenjackett und einen Damenhut mit weissem Band. Die weibliche Leiche war sehr gut gekleidet und läßt auf eine Person aus der besseren Gesellschaft schließen, zumal bei der Leiche auch ein weißes Taschentuch, gezeichnet „G. v. B.“ mit einer Krone darüber, gefunden wurde. Man glaubte zunächst an einen Selbstmord, bei genauer Untersuchung des Körpers jedoch fand man in der Brust der Leiche einige tiefe Wessertische, auch deutete der Mund und die übrige Verfassung der Toten darauf hin, daß vielleicht ein Kampf mit ihrem Mörder stattgefunden habe; es ist anzunehmen, daß dieser, um ein Verbrechen zu verheimlichen, sein Opfer auf die Schienen gelegt hatte.

Wieder eine Bootkatastrophe. Aus Breslau meldet man: Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern an der Juhngängerbrücke bei Wollswinkel. Drei junge Leute, die in einem kleinen Kahn eine Vergnügungsfahrt machten, wechselten während der Fahrt ihre Plätze. Der Kahn kenterte und alle drei ertranken.

Ein von Heberschwemmungen begleiteter Orkan richtete in Texas einen Schaden von 3 bis 5 Millionen Dollars an. Etwa 12 Personen sind in Waco ertrunken. Der Eisenbahverkehr ist vielfach unterbrochen.

Durch einen heftigen Wirbelsturm wurden in Cartagena (Provinz Huila) 12 Häuser zerstört und etwa 60 beschädigt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Ein verstorbenen Krankheitsfall ist unter den Pilgern in Djeddah (Arabien) vorgekommen.

Ein Mißverständnis. Von einer lässlichen Kindtaufe im Lande Hadeln wird den „N. N.“ folgender Vorfall als verbürgt erzählt. Der Pastor hat die kleine Schwester des vierjährigen Jan getauft und Jan hat von einer Ede als nahe der Stubenstür diesen Vorgang aufmerksam beobachtet. Nach seiner unwirtschaftlichen Miene zu urteilen, scheint ihm aber dabei nicht alles recht gewesen zu sein. Er verbeißt aber seinen Keizer in einem nicht zu klein geratenen „Strähmel“ Vorterschen. Wenigstens vorläufig, denn bald darauf macht er doch seinem von Keizer bedrückten Herzen Luft. Und das geschieht, als der Pastor sich dem vierjährigen Blondkopf nähert und mit einigen freundlichen Worten wie lieblosend seine Hand über den blonden Scheitel gleiten läßt. Unwillig wirft Jan seinen Kopf zurück, dabei mit vor Erregung bebender Stimme in die Worte ausbrechend: „Du bist ja 'n olen Schweigel, sprühtst mir Lütje Schwester, de Di nids dahn hätt, mit Water!“

Marktpreise von Berlin am 28. April 1900
nach Ermittlungen des kgl. Statist. Büros

Weizen, gut	15.15	15.13	Kartoffeln, neue, D-Gr.	7.-	5.-
mittel	15.11	15.09	Rübsfleisch, Rente 1 kg	1.60	1.20
gering	15.07	15.05	do. Banck	1.20	1.-
Roggen, gut	14.70	14.69	Schweinefleisch	1.60	1.-
mittel	14.68	14.67	Schmalz	1.80	1.-
gering	14.66	14.65	Schmalzfleisch	1.60	1.-
Gerste, gut	—	—	Butter	2.60	2.-
mittel	—	—	Eier 60 Stück	3.60	2.20
gering	—	—	Karfen 1 kg	2.20	1.20
Hafer, gut	14.90	14.50	Kate	3.-	1.40
mittel	14.40	14.-	Bander	2.60	1.-
gering	13.90	13.50	Heide	2.-	1.-
Rübströh	5.66	5.-	Parade	1.60	0.80
Sen	8.30	5.50	Schleie	3.-	1.40
Erbsen	40.-	25.-	Heide	1.20	0.80
Speisebohnen	45.-	25.-	Krebie	per Schud	12.- 3.50
Linfen	70.-	30.-			

Produktionsmarkt vom 30. April. Heute war nur effizienter Ware gut gefragt bei unbedeutend klappen Angebot. Russische Roggenarten waren reichlicher vorhanden, doch ließen sich die Preise noch immer verhältnismäßig hoch. Das Vorkriegsgetreide verkehrte in matter Tendenz auf fruchtbringendes Weizen, schwaches Nordamerika, wo die Ernteaussichten günstig dargelegt werden, und Wairalationen vom hiesigen Pflanz. — Weizen gab anfänglich 1 bis 1,25 M. nach, konnte sich aber späterhin leicht erholen. Roggen war 0,50 bis 0,75 M. billiger zu haben. Das Getreide zeigte einige Lebhaftigkeit, namentlich effizientes Getreide wurde am Frühl. marke reger angefragt. Hafer und Mais lagen ziemlich behauptet, Mühl. bei einigem Handel leicht anziehend.

Getreide. Am Getreidemarkte notierten 70er loco unverändert 49,70 M. — Weizen per 1000 Rilo mährischer 151,00 M. frei Schiffschiffel, Oberbrücker — M., Havelländer — M., ab Speicher. Normalgewicht von 75 Gr. 150,00—150,50—150,00 M. Abnahme im Mai, da 154,50—154,75—154,50 Abnahme im Juli, da 158,00—157,50 Abnahme im September mit 2 M. Mehr- oder Minderwert. Tendenz: still. — Roggen per 1000 Rilo mährischer 145—146,50 M. ab Bahn, Oberbrücker 009,00 M. ab Bahn, Warthe schwimmender 000,00 M., Rege schwimmender 149,75 M. frodtfrei Berlin. Normalgewicht, 712 Gr. 149,00—148,25 Abnahme im Mai, da 147,00—146,50 Abnahme im Juli, da 144,25—143,75 Abnahme im September mit 1,50 M. Mehr- oder Minderwert. Matter. — Hafer: loco per 1000 Rilo, feiner pommerischer 141—140, mittel 138—140, meißnerischer feiner 142—150, mittel 138—141, weipreussischer —, weipreussischer mit Geruch —, potener —, mittel 138 bis 139, schlesischer —, mittel 135—139, weipreussischer feiner —, mittel 000—000 ab Bahn. Mährischer mit Geruch —, frei Wagen. Normalgewicht 450 Gramm 133,50—133,25 auf Abnahme im Mai, da 133,50—133,25 im Juli. — Mehl: Roggenmehl: Nr. 00: 19,00—21,50 M. Abnahme im Mai 00,00. Abnahme im Juli 00,00, Abnahme im September 00,00 — Tendenz: still. — Mais: Amerik. mixed loco 123—124 frei Wagen, da schwimmend 119,00 frodtfrei Berlin. — Rüb. 51 für 100 Rilo, mit Zöl, Abnahme im Mai 56,50—56,60—56,55 M. Abnahme im Oktober 56,50—56,70 M. Tendenz: fester.

Witterungsüberblick vom 29. April 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temper. u. S. u. F.
Bismarck	754	SW	4 bedeckt	9	—
Famburgh	756	W	3 bedeckt	6	—
Berlin	756	SW	2 heiter	11	—
Wiesbaden	759	SW	3 heiter	12	—
München	759	SW	3 bedeckt	12	—
Wien	758	SW	— wollos	0	—

Wetter-Prognose für Dienstag, den 1. Mai 1900.
Teils heiter, teils wollos mit etwas Regen und mäßigen westlichen Winden; Temperatur wenig verändert.

Dem Schmirer **May**, Kurir. 22. zum 1. Mai ein donnerndes Hoch im ganzen Mai. Seite 648.

Verband der im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Todes-Anzeige.
Am Sonntagabend, den 28. d. M., verschied im 41. Lebensjahre unser Kollege

Carl Nolte
an der Prostestantenkirche.
Die Beerdigung wird am Montag, den 1. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofs in Weichenster, Wittenbergstraße, aus stattfinden.
Am zahlreichem Beerdigung nimmt
Der Vorstand der Filiale Berlin.

Todes-Anzeige.
Am 28. verstarb unser lieber Mitglied, der Vergolder

Karl Nolte.
Die Beerdigung findet am 1. Mai, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofs aus statt.
Im Auftrag: Der Vorstand des Gefangenenvereins „Emerald“.

Beerdigung.
Für die mir von allen Seiten befreundeten Teilnahme bei der Beerdigung meines unbegrüßten Gatten und unsers Waters, insbesondere für die tröstlichen Worte des Herrn Dr. Meyner, sowie auch dem Gefangenenverein „Emerald“, dem Vorstand der Handels-Gesellschaft, den Kollegen der Firma H. Jandori u. Co. (Wesellionsstr.), dem Wohlverein des III. Kreises und Herrn G. Wille recht dankbar. Meinem Gatten und unsrem Waters seien von mir meine innigsten Dank.
Marie Rogroni nebst Kindern.

Beerdigung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines unbegrüßten Gatten und unsers Waters, insbesondere für die tröstlichen Worte des Herrn Dr. Meyner, sowie auch dem Gefangenenverein „Emerald“, dem Vorstand der Handels-Gesellschaft, den Kollegen der Firma H. Jandori u. Co. (Wesellionsstr.), dem Wohlverein des III. Kreises und Herrn G. Wille recht dankbar. Meinem Gatten und unsrem Waters seien von mir meine innigsten Dank.
Marie Rogroni nebst Kindern.

Krautbinderei u. Blumenhandlung von 140848

Robert Meyer,
No. 2. Mariannenstr. No. 2.
Widmungs-Kränze, Girlanden, Ballsträußen, Bouquets, etc. werden sehr geschmackvoll und preiswert geliefert

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW.,
Bentleystraße 2.
Soeben ist erschienen:
Weltkrach und Weltpolitik.
Eine weltpolitische Studie von Franz Mehring.
Preis 25 Pfg. Porto 5 Pfg.
Wir empfehlen diese Broschüre dringend; sie liefert den Arbeitern das zur Beurteilung der heutigen Lage der Weltpolitik des Reichs und der Hottentotsage erforderliche historische Tatsachenmaterial durch die klare, gemeinverständlich Darlegung der historischen und sozialpolitischen Zusammenhänge früherer Weltkrisen, und legt klar, warum der heutige fruchtlose Kapitalismus nur noch ein Mittel zur Verlangung seiner Herrschaft sieht: Krieg und Schmutz und vorliche Stellung dem gegenüber die Arbeiter zu nehmen haben.

Orts-Frankenkasse
für die in den
Geschäftsbetrieben der Anwälte,
Notare u. Gerichtsbollziehen, der
Kaufmännischen, Berufsvereine,
Schulden u. Versicherungsanstalten
beschäftigten Personen zu Berlin.
Zu der am Dienstag, den 8. Mai,
abends 8 Uhr, bei Dr. Karl, Neue
Friedrichstr. 35, stattfindenden
ordentlichen
General-Versammlung
werden hiermit die für das Jahr 1900
gewählten Herren Vertreter ergebenst
eingeladen.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht des Vorstands,
Berichterstattung der Revisoren
und Abnahme der Jahresrech-
nung pro 1900.
2. Bericht der Steller-Kommission
über die Jahresrechnung pro 1900.
3. Wahl eines Vorstandmitglieds
aus der Abteilung der Arbeit-
geber an Stelle des ausge-
schiedenen Rechtsanwalts Dr.
Roth.

Schmerzen über die Geschäts-
oder Rachenführung, zu deren
Linderung die Einwirkung der Salzen
erforderlich ist, können nur beantwortet
werden, wenn dieselben bis zum
6. Mai in der Kaiserlichen Schriftlich
angemeldet werden sind
Berlin, den 30. April 1900.
Der Vorstand,
Anton Cohn, Kassier, Nr. 53.

Fahrräder
prima deutsche Fabrikate a 175 M.
auf Teilzahlung.
W. L. Adomeit,
Lothringerstrasse 63. I.
5 1/2 Pfd. Brot 50 Pfg.
H. Albrecht's
Bäckerei
Wrangeistr. 9. Kranstr. 19.
Faldensteinstr. 28. Zankstr. 2.

Wer-Stoff-hat
fertige Anzug 20 M., feinste
Zutaten, saubere Arbeit, zwei
Anproben. 45478
!!! Ohne Konkurrenz !!!
!!! Ladelloser Sitz !!!
Anzug-Reste, Paletot-
Reste spottbillig.
Verkaufe fast jeden Stoff billiger
als Fabrikmuster-Kollektion.
Herren-Bekleidung
Brennenstraße Nr. 66, pari.
Heber

500 000 Mk.
verloren
werden jährlich von Schneidermeistern!
Da ich nur gegen Rasse verkaufe,
daher keine Verluste habe, bin ich im
stande. 40162
für 25—45 Mark
elegante Anzüge nach Maß,
für 25—42 Mark
elegante Paletots nach Maß,
für 7—15 Mark
elegante Seidkleider nach Maß zu
liefern.
Hermann Graf
Schneidermeister
Alexanderstrasse 30.
2. Geschl.: Adalbertstr. 90,
Gute Kranenstraße.

Schultze,
Wasserthorstr. 12. I.
Behandlung aller Haut-,
Harn- und Blasenleiden ohne
jegliche Berufshörung. 39731
Sprechstunden 9—2 u. 5—9.
Donnerstagsvormittag keine
Sprechstunde.
Bei Besichtigung der
Sprechstunde 10 Pros.

Engros Cigarren Versand
Der aussergewöhnliche Beifall, den unsere nachstehend aufgeführten Cigarren-Sorten allgemein gefunden haben, beweist uns, dass wir mit den Tabakmischungen die Geschmacksrichtung weiter Raucherkreise getroffen haben. Wir empfehlen dieselben allen Rauchern, denen daran gelegen ist, für mässige Preise gute Qualitäten zu kaufen:
Regina
Denjenigen Rauchern, die keinerlei Wert auf das Aeusserere einer Cigarre legen, sondern lediglich auf Qualität sehen, empfehlen wir unsere nachstehenden
Ausschuss-Sorten,
welche ca. 20 % billiger als die rein sortierten Farben sind:
Ausschuss No. 12 Mk. 2,50 | Sumatra Felix, uns. Mk. 4,50 | Mexico Ausschuss Mk. 5.-
Ausschuss S I . . . 3,80 | Ausschuss III B . . . 5.- | Havana Fehlfarben . . 6,50
Versand nach auswärts gegen Nachnahme; von 300 Stück an portofrei.
Cigarillos zu Mk. 1,50 per 100 Stück, hiervon 500 Stück Mk. 7.-,
ferner 100 Stück zu Mk. 2.-, 2,50, 3,30, 4,50.
Für Wiederverkäufer
bewährte Qualitäten zu Mk. 23.-, 25.-, 28.-, 30.-, 33.-, 35.-, 40.- etc. per Mille.
Rauscher & Fabisch, Engros Lager Berlin NW. 7.
Friedrichstrasse 94, Fabrikgebäude Portal 3, gegenüber Central-Hotel.

Seit erster Firma Lieferanten f.
Buffette gesund gegen sofortige Cassa.
Dierken L. M. 155 Foham 48. 18/2
Sofastoff-
Reste
ausreichend zu Bezügen,
in Wollripps, Damast,
Phantasie, Moquet und
Plüsch, sowie Satteltaschen,
nur gute Qualitäten, be-
deutend unter Preis.
J. Adler Teppichhaus,
Königstr. 20,
dicht am Rathaus. 139141

ZAHNSCHMERZ hohler
Zähne
beseitigt sofort
KROPP'S
Zahnwolle
(20%
Carvacrolwolle
in plom. Flasche
4 503 zu haben
in allen Drogerien
Nimm keine
Nachahmungen!

Chronische Leiden
Jeder Art ohne Berufshörung
Institut Jost, Chausseestr. 117, I. r.
9-3, 5-9, Sonntag 9-7.
Arbeitsern 20 Pros. Ermäßigung.
Falbe
44 Eissasserstr. 44
(am Kranenburger Thor)
Behandl. aller Haut-, Harn-
u. Blasenleiden ohne Berufs-
hörung, ohne schädliche Mittel u.
Opfe. Sprechst. 9 uorg. bis
9 abends, Sonntag u. Donnerst-
tag 9-3. 45112
Bei Besichtigung der
Verbandsarten 10 Pros.

Haut- und Harn-Leiden
heilt 39962
ohne schädliche Mittel
E. Herrmann, Apotheker,
Georgenkirch-Platz Nr. 21.
Sprechst. 10—11/2 u. 5—8.

Natur-Heilverfahren.
Haut-, Harn- u. Blasenleiden,
Frauen-Krankheit, heilt sicher
ohne Berufshörung. 139781
R. Wagner, (fr. Wasserstr. 23.)
9-2, 5-9, Sonntag 9-2

Wer-Stoff-hat
fertige Anzug 20 M., feinste
Zutaten, saubere Arbeit, zwei
Anproben. 41212
!!! Ohne Konkurrenz !!!
!!! Ladelloser Sitz !!!
Anzug-Reste, Paletot-
Reste spottbillig.
Montag - Dienstag
Restverkauf zu Anbahnungen,
unfähig zugekauften,
Herrenbekleidung Münzstr. 26, pari.
Verkaufe fast jeden Stoff billiger
als Fabrikmuster-Kollektion.

Die Baumbliüte in Werder Einzig in ganz Deutschland!

Jetzt in voller Pracht. Täglich Extrazüge und Extradampfer.

Fahrräder... Verlangen Sie gratis u. franko meinen illustriert. Hauptkatalog über...

Möbel und Polsterwaren... Möbel und Polsterwaren. Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt...

Wein... zum Ausschank sehr geeignet! süß, rot, wie Portwein, ausgezeichnet im Geschmack...

Anzüge... und Paletots von 30 M. an. liefert elegant fahend...

6. Ziehung d. A. Klasse 202. Rgl. Preuss. Lotterie.

Table with 3 columns: winning numbers and prize amounts for the 6th drawing of the Prussian Lottery Class A.

Charlottenburg!! Uhrmacher Kunstmacher, Wallstrasse 1.

Table with 3 columns: winning numbers and prize amounts for the 6th drawing of the Prussian Lottery Class A.

6. Ziehung d. A. Klasse 202. Rgl. Preuss. Lotterie.

Table with 3 columns: winning numbers and prize amounts for the 6th drawing of the Prussian Lottery Class A.

6. Ziehung d. A. Klasse 202. Rgl. Preuss. Lotterie.

Table with 3 columns: winning numbers and prize amounts for the 6th drawing of the Prussian Lottery Class A.

Verkäufe. Jedes 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worts mit mehr als 18 Buchstaben stehen doppelt.

Kleine Anzeigen. Garbenausschlag... Nähmaschinen... Kaufhabob... Gute Schlafstube zu vermieten...

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annehmlichkeiten für Berlin...

Aus der Frauenbewegung.

Arbeiterinnen Berlins wahren ihre Rechte!

Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, die zum Schutze der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter erlassen sind, werden vielfach seitens der Unternehmer nicht beachtet und die Rechte der Arbeiterinnen werden oft gekürzt.

Das Gesetz bestimmt:
Die Arbeitszeit dauert für Arbeiterinnen über 16 Jahre 11 Stunden täglich, mit einstündiger Mittagspause; an Vorabenden von Sonn- und Festtagen nur 10 Stunden, und es muß die Arbeitsstätte an diesen Tagen bis spätestens 5 1/2 Uhr verlassen sein.

Jugendliche Arbeiter von 14-16 Jahren dürfen täglich nur 10 Stunden mit einstündiger Mittagspause sowie je 1/2 stündiger Frühstück- und Vesperpause beschäftigt werden.

Kündigungen und Entlassungen. Gründe für sofortiges Verlassen der Arbeit sind z. B.: Unstille Angriffe der Unternehmer oder ihrer Vertreter, Schlägeln, grobe Beleidigungen, unregelmäßige Lohnzahlung, bei Accordarbeit nicht ausreichende Beschäftigung usw.

Die Kündigungsfrist ist eine 14 tägige; sie kann durch gegenseitige Vereinbarung ausgeschlossen werden. Wenn Kündigungsfristen bestehen, müssen sie für beide Teile gleich sein.

Anstellung von Zeugnissen. Die Arbeiterin hat das Recht, ein Zeugnis über Art und Dauer ihrer Beschäftigung zu verlangen; besondere Merkmale, welche die Schädigung der Arbeiterin zur Folge haben können, sind ungetreulich und sind zurückzuweisen.

Strafgelder. Bestimmungen über Lohnabzüge in Form von Strafgeldern müssen in der Fabrikordnung, die sichtbar aushängen muß, bekannt gegeben sein. Die Verhängung jeder Strafe muß der Arbeiterin ohne Verzug mitgeteilt werden.

Hygienische und Schutzregeln. Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften sind so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiterinnen gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Es ist für genügend Licht, reine gute Luft, Befreiung von Staub und Abfällen zu sorgen; ebenso sind Schutzeinrichtungen an Maschinen anzubringen. In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiterinnen sich unkleiden und nach der Arbeit reinigen, müssen ausreichende, für beide Geschlechter getrennte Ankleide- und Waschräume vorhanden sein. Bedürfnisanstalten müssen in genügender Zahl vorhanden und so eingerichtet sein, daß Sitte und Anstand nicht verletzt werden.

Arbeiterinnen, achte darauf, daß diese zu ihrem Schutze erlassenen gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt und eingehalten werden.

Wohl hat man dem Drängen der Arbeiterin auf Anstellung weiblicher Gewerbe-Inspektoren insofern Rechnung getragen, daß man für Berlin eine weibliche Assistentin anstellte.

Damit allein sind unsere Forderungen jedoch nicht erfüllt. Auch dürfen wir uns nicht der Hoffnung hingeben, daß durch diese Anstellung die Aufnahme von Beschwerden in einer solchen Weise vor sich gehen wird, wie es notwendig wäre.

Wir weisen darum von neuem darauf hin, daß nachstehende Personen bereit sind, um es den Arbeiterinnen zu ermöglichen, ohne Nachteile für ihre Existenz auf Beseitigung der Mängel in den Arbeitsstätten hinzuwirken, wahrheitsgetreue Beschwerden entgegenzunehmen und für schleunigste Abhilfe Sorge zu tragen.

Die Namen der Beschwerdeführer werden streng geheim gehalten!

- Hr. Dader, Strandsbergerstr. 28, v. IV. Frau Dausche, Klosterstr. 47, Seitenfl. II. Frau Dr. Behl, Volbringstr. 67. Frau Jung, Gräberstr. 6, 2. Hof I. Frau Lutz, Waterloo-Platz 9, im Laden. Frau Mesch, Lehmannstr. 3, hinter Aufg. IV. Frau Tieg, Blumenstr. 63, I rechts. Frau Schneider, Köpcke-Str. 20 I. Frau Sprung, Engel-Platz 4a, 2. Hof II. Hr. Chorlottenburg: Frau Wille, Schenckstr. 27, I. F. Körken, Gewerkschaftsbureau, im Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 15, I, Zimmer 8. Vorm. 9-1 und nachm. 6-8 Uhr.

Soziale Rechtspflege.

Ein empfehlenswerter Lehrherr. Der Barbierher G. Schmidt in der Christinenstraße Nr. 1 war von zwei Gehilfen beim Gewerbegericht verklagt worden. Der Kläger B. beanspruchte außer 3,87 M. rückständigen Lohn noch eine Lohnentschädigung für zwei Tage, weil er ohne vorherige Kündigung entlassen worden ist. Hiergegen wandte der Beklagte in der Verhandlung vor der Kammer VI ein, daß die plötzliche Entlassung des B. berechtigt sei. B. habe seinen Lehrling zum Verlassen der Lehre zu verführen gesucht. Der vierzehnjährige Lehrling, ein außergewöhnlich kleines Mädchen, bestätigte diese Behauptung kleinlaut mit den Worten: B. sagte, ich solle aus der Lehre gehen, weil ich schlecht behandelt würde. Infolge dieser Aussage empfahl der Vorsitzende Dr. Krause nach erfolgter Beratung dem Beklagten, B. vergleichsweise nur den rückständigen Lohn zu zahlen. Augenscheinlich hielt man einen Entlassungsgrund für vorliegend. Der Vergleich scheiterte. B. erhielt nunmehr auf seine Bitte das Wort zu einer ausführlichen Rechtfertigung der ihm vorgeworfenen „Verführung“ des Lehrlings. Der Junge sei in unerhörter Weise vom Meister behandelt worden. Weil der kleine zum Aufstehen des Ladens nur einen Eimer Wasser verbraucht habe,

hätte Schmidt gleich mit den Fäken nach ihm gestochen und ihn geschlagen. Ein andermal habe ihn Schmidt an den Ohren hoch gehoben, ihn so den Kopf gedreht und ihn dann von sich geworfen, daß er lang hingefallen sei. Zum Kläger habe der Beklagte darauf gesagt, es wäre ihm wohl unangenehm, wenn der Lehrling in seiner Gegenwart etwas abbekomme. Der Kläger hat den Jungen einmal gefragt, ob er denn seinem Vater von dieser Behandlung etwas sage. Die Antwort sei gewesen: „Nein, denn sonst kriege ich vom Vater noch etwas zu.“ Der Kläger ist dann selber zu dem Vater gegangen und hat ihn unterrichtet. Der Lehrling konnte zu den Darlegungen des Klägers auf Befragen des Vorsitzenden nur immer erklären: „Ja, das ist die Wahrheit — ja, das ist richtig.“ Die Stimmung beim Gericht wandelte sich sofort zu Gunsten des Klägers. Gewerbeichter Dr. Krause äußerte empört zum Beklagten Schmidt: „Na, da bekommen wir ja ein ganz nettes Bild von der Art, wie Sie Lehrlinge behandeln. Die Sache liegt ja ganz anders, wie es zuerst schien! Nachdem der Gerichtshof noch einmal beraten hatte, rief Dr. Krause dem Beklagten, an B. nicht nur den rückständigen Lohn, sondern auch wegen der Entlassung eine entsprechende Lohnentschädigung zu zahlen. Ein Vergleich kam indessen nicht zu Stande. — Da die zweite, mit der des Klägers B. verbundene Sache noch nicht spruchreif war, wurde die Urteilsfällung in beiden Sachen vertagt.

Gegenseitiges Einverständnis. Ein Druckereibesitzer mußte sein Personal verringern, weil ihm eine wöchentlich wiederkehrende Arbeit entzogen worden war. Am Freitag der fraglichen Woche sagte er zu dem Arbeiter G., er müßte am Sonnabend die Stellung aufgeben. G. erwiderte nichts und nahm am Sonnabend ohne Widerspruch das Kassenbuch und die Invalidentarte in Empfang, ebenso ein selbst erbetenes Zeugnis. Am Montagmorgen erschien er dann jedoch wieder in der Druckerei und machte geltend, daß er Anspruch auf die vierzehntägige Kündigungsfrist habe. Er wurde jedoch nicht weiter beschäftigt, worauf er beim Gewerbegericht auf Gewährung einer Lohnentschädigung klagte. Die Kammer VIII unter dem Vorsitz des Dr. Meier wies die Klage mit folgender Begründung zurück: Der Beklagte hätte an sich den Arbeiter kündigen müssen, bevor er ihn entließ. Der Kläger sei aber seines guten Rechts durch schlüssige Handlungen verlustig gegangen. Wenn er von seinem Recht hätte Gebrauch machen wollen, dann hätte er nicht am Freitag, vor allem aber nicht am Sonnabend schweigen dürfen, als ihm die Entlassung angedroht wurde. Statt zu protestieren, habe er am Sonnabend sogar ein Zeugnis verlangt. Somit sei anzunehmen, daß das Arbeitsverhältnis im gegenseitigen Einverständnis am Wochenabschluß gelöst worden sei. Ein formales Recht, die Innehaltung der Kündigungsfrist zu verlangen, hätte G. deshalb am Montag nicht in Anspruch gehabt.

Arbeiter=Maifest

Dienstag, den 1. Mai 1900.

Vokal- u. Instrumental-Konzert

ausgeführt von Civil-Berufsmusikern und Gesangvereinen des Arbeiter-Sängerbunds.

Festrede. — Turnerische Aufführungen. — Ernste und heitere Vorträge. — Lebende Bilder. — Kinderbelustigungen. — Tanz.

I. Wahlkreis.

Frempalast, Burgstr. 22, Eing. Wolfgangstraße.

Gesang, ausgeführt von der „Typographia“.

Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten Wilh. Liebknecht.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf. Tanz 30 Pf.

II. Wahlkreis.

Bockbrauerei, Fidicinstraße 2-3.

Festrede, 8 1/2 Uhr, gehalten vom Reichst.-Abg. Richard Fischer.
Im kleinen Saal: Tanz. Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Kaffeeküche 3-6 Uhr. — Maifest-Zeitung gratis.
Anfang 4 Uhr. Entree 25 Pf.

III. Wahlkreis.

Neue Welt, Hasenheide 108.

Festrede, 8 1/2 Uhr, gehalten vom Reichstags-Abg. Wolfgang Heine.
Bei eintrietender Dunkelheit: Grosses Feuerwerk.
Im grossen Saal: Tanz. Herren, die daran teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.
Maifest-Zeitung am Eingang gratis.
Anfang 4 Uhr. Entree 25 Pf.

IV. Wahlkreis.

Brauerei Friedrichshain, am Königsthor.

Kellers Festsäle, Koppenstr. 29.

Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.

Joëls Victoria-Garten, Köpnick Landstr. 21-24, Treptow.

Ludwigs Parkrestaurant, Köpnick Landstr. 25-26, Treptow.

Anfang 4 Uhr.

Entree 25 Pf.

Die Kaffee-Küche wird um 3 Uhr nachmittags geöffnet.

V. Wahlkreis.

Schweizer Garten, am Königsthor.

— Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Programm an der Kasse. —
Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf.

VI. Wahlkreis.

Ahrens Brauerei, Turmstrasse 25-26.

Peters Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80-81.

Feldschlösschen, Müllerstr. 142.

Norddeutsche Brauerei, Chausseestr. 58.

Ballschmieders Lokal, Badstr. 16.

Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42.

Berliner Prater, Kastanien-Allee 7-9.

Publmanns Vaudeville-Theater, Schönhauser Allee 148.

Konzert. Gesangs- u. theatralische Aufführungen.

Festrede. Lebende Bilder.

Anfang 3 Uhr. Bei Eintritt der Dunkelheit: Fackelpolonaise.

Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Die Kaffeeküche ist nachmittags geöffnet.

Parteiengenossen und Genossinnen! Um auch den wirtschaftlich schlecht Gestellten Gelegenheit zu geben, sich an der Maifeier zu beteiligen, haben wir von der Erhebung eines festen Entrees Abstand genommen. Wir ersuchen die Genossen und Genossinnen, sich möglichst zahlreich an der Maifeier zu beteiligen, um dieselbe zu einem wahren Volkstest zu gestalten, und wenn es irgend möglich ist, den Tag durch Arbeitsruhe zu feiern. Da wir alles aufgeben haben, bitten wir um zahlreichen Besuch.
Zur Deckung der Unkosten Tellersammlung.

Die Komitees des VI. Wahlkreises.

